TATblatt +216

EKH | muss bleiben
Entwicklungen Torten Kundgebungen und mehr

Asyl | Migration
8 Seiten Schwerpunktthema

Pelz | Kampagnen
u.a. gegen Peek & Cloppenburg

Dezember 2004

EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

03 **Neues zum EKH**
04 **EKH: KPÖ getortet**
06 **Chronik: EKH, EKH, ...**
08 **Kurzmeldungen Öko**
09 **UK wird Atommüllendlager**
10 **Kurzmeldungen Tierrecht**
11 **Ital. Tierrechtsbewegung**
12 **Kampagne Peek&Cloppenburg**
14 **UK: Antiterrorgesetz gestürzt**
16 **Folter im Heer**
17 **Kurzmeldungen**
18 **Security bei den WLB**
19 **RollstuhlbenutzerInnen im Gepäckwaggon**
20-27: **Schwerpunkt Asyl**
21 **Verfassungswidrig**
23 **ruinöse Novellen**
24 **Rassismen**
27 **Beihilfe zum Mißbrauch?**

Das Augenmerk

auf die Schwerpunktthemen dieser Ausgabe des TATblatts zu lenken, wurde mir aufgetragen. Dass ich diese Schwerpunkte nicht kenne, mache nichts, hieß es, schließlich sei es nicht das erste Mal, dass ich schreibe, wovon ich keine Ahnung habe. Freilich nicht im TATblatt, denn da sind alle Tatsachenbehauptungen, Kommentare und Analysen doppelt und dreifach abgesichert. Besonders strenger Prüfungen werden die Schwerpunktthemen unterzogen, ehe ihnen in der Schlussredaktionssitzung der Weg in die Druckmaschine geebnet wird. Weshalb ich auch nicht müde werde, diese Schwerpunktthemen zur Lektüre zu empfehlen.
Und nicht ohne der Druckmaschine die nötige Würdigung angedeihen zu lassen. Sowie dem Papier, das durch sie gezogen wird, ehe das fertige TATblatt den Weg zu den erwartungsvollen LeserInnen antreten kann. Dieses Papier ist seit der letzten Ausgabe unerbittlich weiß. Und gnadenlos gegenüber der Umwelt.
Apropos Gnadenlos: Damit wären wir beim Thema KPÖ. Jener Partei, deren ehemalige und lange leer gestandene Schule vor vielen Jahren durch autonome AktivistInnen als soziales und kulturelles Zentrum wiederbelebt wurde, und seitdem Raum für zahlreiche Initiativen und Menschen bietet. Jener Partei aber auch, die selbige - unterdessen in Ernst-Kirchweger-Haus umbenannte - Immobilie unlängst just an ehemalige Rechtsextreme verkauft hat, die freilich keine Zeit verlieren, die NutzerInnen dieses - abgekürzt auch EKH genannten - Hauses auf die Straße zu setzen.
Zu den NutzerInnen des EKH zählt auch das TATblatt, zur dort etablierten Infrastruktur oben erwähnte Druckmaschine, zu den dort bislang gelagerten Verbrauchsmaterialien das Papier.
Nun ist es so, dass das TATblatt zwar nicht willens ist, das EKH einfach zu verlassen, nur weil das KPÖ und Rechtsextreme so wollen. Allerdings wollen wir sicherstellen, dass auch im Falle von Angriffen auf das Haus, oder ganz besonders dann, die Druckmaschine und das TATblatt zur Kommunikation mit breiten Öffentlichkeiten zur Verfügung stehen. Entsprechende Vorsorgen wurden bereits getroffen. Aus logistischen Erwägungen werden wir aber in nächster Zeit das Papier nicht palettenweise an einem Ort lagern. In kleineren Mengen oder gar im Einzelhandel ist Recycling-Papier aber so gut wie nicht mehr erhältlich. Weshalb wir vorübergehend auf weißes Papier aus Papiergeschäften ausweichen müssen.
Damit das TATblatt - komme was wolle - weiter erscheinen kann. Mit allem Drum und Dran. Insbesondere den Schwerpunktthemen. Die ich hiermit noch einmal ganz nahe ans Herz legen möchte.

Einem Teil der Auflage liegen diesmal auch Informationsmaterialien der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung (www.deserteursberatung.at) bei. Bitte auch diesen angemessene Aufmerksamkeit und der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung finanzielle Zuwendung zu schenken. Uns übrigens auch.

Wir bleiben!

Gnadenfrist bis Ende Juni 2005?

Neue Entwicklungen rund um das EKH

Die Geheimhaltungsversuche der KPÖ blieben erfolglos. Anfang Dezember wurde der Verkaufspreis des EKH bekannt: 600.000 Euro. Laut Kaufvertrag handelt es sich bei den neuen Besitzern um die VermietungsgesmbH Wielandgasse 2-4, welche die Liegenschaft der Wielandgasse um nur 600.000 Euro erworben hat. Als Geschäftsführer wird ein Herr Christian Machowetz genannt, welcher laut Firmenbuch auch noch Inhaber der "Security Management Christian Machowetz GmbH" ist.

TATblatt

Die Liegenschaft der Wielandgasse 2-4 , das EKH, wurde Mitte der 90iger von einer Immobiliengruppe im Auftrag der KPÖ in bestandsfreien Zustand mit 45 Millionen Schilling (ca. 3,3 Millionen Euro) bewertet, aber aufgrund der bestehenden Mietverträge jedoch auf 15 Millionen (ca. 1,1 Millionen Euro) geschätzt. Vor einem Jahr wurde das Gebäude für eine Million Euro der Gemeinde Wien angeboten. Diese lehnte jedoch ab. Verkauft wurde das Haus schließlich um 600.000 Euro, was zwei Drittel der von der Stadt geforderten Summe ausmacht. Im öffentlich aufliegenden Kaufvertrag wird neben der Verkaufssumme auf einige mündliche Sondervereinbarungen verwiesen, welche jedoch nicht schriftlich festgehalten sind. Die KPÖ weigert sich bis heute, die Sondervereinbarungen und Zusatzabsprachen mit dem neuen Besitzer offenzulegen.

Seit dem Verkauf des Hauses erhielten alle Projekte und Initiativen Kündigungsschreiben, die sich ausschliesslich auf prekaristische Verträge beziehen. In diesen werden von der neuen Besitzerin, der VermietungsgesmbH. Wielandgasse 2-4, die Prekariatsverträge gekündigt. Die schriftlich vorliegenden Hauptmietverträge des Vereins für Gegenkultur will die neue Hausverwaltung als solche nicht anerkennen, obwohl sie im Kaufvertrag angeführt sind.

Mehrere Gruppen wurden aufgefordert bis zum 13. Dezember 2004 einen schriftlichen Räumungsvergleich zu unterzeichnen. Dafür sollen die betroffenen Projekte eine Gnadenfrist von sechs Monaten erhalten (Räumungsverzicht bis 30.6.2005). Falls dieser Vergleich nicht angenommen werde, wurde einigen Projekten seitens der neuen Hausverwaltung nebst gerichtlicher Räumungsklage mit einer ab Jänner 2005 zusätzlichen monatlichen Benutzungsgebühr von 3 Euro pro Quadratmeter zu den ohnedies anfallenden Betriebskosten gedroht. Einige Gruppen mit Prekariatsverträgen gaben schließlich diesem Druck nach und unterschrieben den Räumungsvergleich. Zum einen das "Marxistische Zentrum", welches eine Bezirksorganisation der KPÖ beherbergt, und der Flughafensozialdienst bzw. dessen Vertreter, der als Generalprekarist Vertragspartner für weite Teile des Hauses ist. Somit sind nun Gruppen wie die ATIGF, das TATblatt oder die Siebdruckwerkstatt im EKH bis Ende Juni 2005 in relativer Sicherheit (sie alle fallen in das Generalprekariat). Für die anderen Bereiche im EKH ist die Zukunft ungewiss. Räumungsklagen und Gerichtsverfahren sind wohl zu erwarten.

Zusätzlich wurden verschiedene Initiativen des Hauses von der Hausverwaltung aufgefordert bis zum 14. Dezember 2004 alle Feuerungsanlagen und Ablagerungen in den Gangbereichen zu entfernen. Es steht außer Frage, dass es sich hierbei um eine reine Schikane gegen die BewohnerInnen handelt. Die Raumnutzung der Gänge wurde mit der damaligen Vermieterin KPÖ vertraglich vereinbart, samt Verpflichtung der KPÖ, diese in dieser Form auch baupolizeilich legalisieren zu lassen. Es bleibt also spannend rund ums EKH ....

Weitere Informationen:
www.ekhbleibt.info

Spendenkonto für Rechtsanwaltskosten:
Dieter Schrage
Kontonummer: 51405153501
BLZ 12000
Verwendungszweck:
EKH BLEIBT!

Bittere Torte für KPÖ-Vorsitzenden Walter Baier.

Eine vegane, aufgrund ihres Tonic-Gehaltes aber ungewöhnlich bittere Schwarzwälder Kirschtorte bekam KPÖ-Vorsitzender Walter Baier im Zuge einer Arbeitstagung des Bündnisses "Linke" im Wiener WUK ins Gesicht. Die ÜberbringerInnen der quasi als Dank für die von der KPÖ in Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen versuchten Zerschlagung des EKH gestifteten bitteren Süßigkeit blieben unbekannt. Eine weniger gut dokumentierte Torte gab es wenig später auch für Claudia Krieglsteiner von der KPÖ Wien.

Peppi Schneeweiß (leicht gekürzt)

Der Verkauf des EKH an die Firma eines Rechtsradikalen sorgt seit einigen Wochen für berechtigte Aufregung. Was liegt, neben vielen anderen Formen des Protests, also näher, als Veranstaltungen, an welchen KPÖlerinnen und ihre FreundInnen teilnehmen zu besuchen und Stellungnahmen und Aktivitäten zur Rücknahme dieser skandalösen Entscheidung einzufordern.

Die „Linke – Opposition für ein solidarisches Europa. Europäische Linke, KPÖ und Unabhängige" lud am 20.November 2004 zu einer Arbeitstagung ins Wiener WUK ein. Die Tagung dieses jungen Projekts ging bezeichnenderweise im SeniorInnenraum des WUK vonstatten. Der genaue Tagungsort war der Einladung nicht zu entnehmen, besagter SeniorInnenraum wurde erst kurz vor dem tatsächlichen Beginn der Veranstaltung ausgeschildert, was anfänglich an das Treffen eines subalternen Geheimbundes denken ließ. Tatsächlich folgten dem Ruf der Partei weniger als 50 Leute, und das aus dem ganzen Ö-Reich. Trotz der frühen Stunde ließen es sich einige Leute aus dem EKH und einige solidarische FreundInnen, darunter welche aus der Wiener ZuckerbäckerInnenzunft, nicht nehmen, die GenossInnen zu besuchen, um mit ihnen über den EKH-Verkauf zu plaudern. Wie sich die Linksoppositionellen die Möglichkeit eine andere Welt vorstellen (Einladung) interessierte dieser BesucherInnen nicht so sehr, wir wollten lieber über die Erhaltung des sozialen, kulturellen und politischen Freiraums EKH, welcher gerade von der KPÖ zerstört wird, diskutieren und eine klare Positionierung der LINKEN einfordern. Der Spitzenkandidat der LINKEN bei der Europawahl, Leo Gabriel, und die Diskussionsleiterin versuchten den Wunsch nach einer Diskussion zum EKH, und zwar jetzt gleich, abzuwürgen. Es wurde darauf verwiesen, dass man ohnehin übers EKH reden könne, aber nicht jetzt, sondern am Nachmittag in einer Arbeitsgruppe und dann... Leo Gabriel verwies auf die Tagesordnung, die Parteitags... äh Tagungsregie usw. Schließlich verwies die Diskussionsleiterin auf das Konsensprinzip der LINKEN, daher sollte man darüber befinden, dass die unbekannten GästInnen mit Videokameras das Filmen einstellen sollten. Das ging irgendwie ins Hoserl und die Menschen wurden aufgefordert, sich vorzustellen und zu sagen, woher sie kommen. Da sich die Einhaltung der Tagesordnung nicht durchsetzten ließ, wurde eine RednerInnenliste vorgeschlagen um die Sache möglichst rasch abhaken zu können, was die EKH-Leute und die (EKH-)solidarischen BesucherInnen aber nicht an ausführlicheren Stellungnahmen hinderte, auch dann nicht, wenn immer wieder Kürze eingefordert wurde. Ein beträchtlicher Teil der TagungsteilnehmerInnen rekrutierte sich aus Mitgliedern und FunktionärInnen der KPÖ, darunter auch dem Chef, Walter Baier persönlich und Claudia Krieglsteiner und einigen Mitglieder der SOAL. Aufmerksame BeobachterInnen ergänzten das nichtssagende Hinweisschild „Arbeitstagung – LINKE", um die erläuternden, zweckdienlichen Hinweise: „Lenin, Stalin, Trotzki und Pol-Pot-Geile", damit sich auch Uninformierte auskennen.

20. November 2004, der Tag des Zorns oder die Tortung der KPÖ-Spitze.

Nach einer gewissen Zeit kam bei einigen das Gefühl auf, eher auf einen Zombieball geraten zu sein als in eine offene Diskussionsveranstaltung. KPÖ-Funktsis erteilten eine Reihe „guter" Ratschläge (sind eben auch nur Schläge) wonach wir doch das Generali-Haus, die Mischek-Towers, usw. besetzen sollten, nicht genug damit, es ertönte sogar, „do san mir ah dabei" (Eine gefährliche Drohung, P.S.). Freilich durfte auch die Suderei über die ach so arme KPÖ, die durch das Haus nur belastet werde und sich nix mehr leisten kann, nicht fehlen. Ein älterer Herr mit Oberlippenbärtchen empfahl nach diversen Beschimpfungen

schlicht: „Geht's scheißen!". Schließlich hoben auch Parteiboss Baier und sein Pressesprachrohr Didi Zach zu Monologen an, letzterer las vom Blatt um sich nicht wieder so zu verrennen, wie bei anderen Statements zur Causa prima. Baier schwafelte lediglich schon zigfach von ihm Gehörtes: „KPÖ von BRD-Gerichten auf perfideste Weise enteignet, Leute im EKH zahlten bisher nichts, ...alle Angestellten gekündigt, Volksstimme eingestellt, kein Volksstimmefest, keine Solidarität anderer Gruppen, blablaba. Einige Nicht-KPlerInnen waren durchaus diskussionsbereit und äußerten sich auch pro EKH, aber die zahlreichen Kummerln wussten eine eindeutige Stellungnahme zu verhindern, schließlich wurde eine weitere Diskussion auf die Arbeitsgruppe am Nachmittag vertagt. Wir verließen angesichts der Sinnlosigkeit weiteren Redens den Saal und warteten draußen, ausgestattet mit Transparenten auf Walter Baier und Co. Die solidarischen ZuckerbäckerInnen, Menschen mit guten Manieren aus guter Kinderstube, hatten freilich, wie sich das bei Einladungen so gehört, nicht vergessen auch Gastgeschenke mitzubringen. Wir machten das, was wir aufgrund unserer Profession am besten können; zwei herrliche Schwarzwälderkirschcreme-Torten, vegan, aus biologischen Zutaten, mit einem kräftigen Schuss herben Tonic's. Wir sind nämlich nicht nur begnadete MeisterbäckerInnen, sondern auch hinsichtlich der Ernährungslehre absolut auf der höher der Zeit, wir sparten also sehr mit dem Zucker, den auch biologischer Zucker würde die wackeligen Zähnchen der KPlerInnen faulen lassen und das herb-bittere Bukett unserer Spezialität nach spanischem Rezept beeinträchtigen. Die zu Beschenkenden wollten aber partout nicht aus dem SeniorInnenraum, was angesichts der grindigen Kälte dazu führte, dass die zarten Bäckerhändchen steif und gefühllos wurden. Schließlich dürfte Walter Baier das nur Allzumenschliche überkommen haben, der unhaltbare Drang aufs Klo.

Nun geschah das unsagbare, der Tolpatsch von Zuckerbäcker näherte sich hinter einem Transpi mit der Aufschrift „Eigentum ist Diebstahl" Walter Baier und wuuuschhh, wie konnte das geschehen? Die Torte landete mitten in Walter Baiers Gesicht! Der vor Scham geschwärzte Zuckerbäcker suchte das Weite. Zunächst geschah einmal gar nichts, es schien so als wären die anwesenden LINKEN starr vor Schreck bis auf den Ruf: „Seids es wahsinnig!!!! Walter Baier verschwand stumm in SeniorInnenraum! Mensch stelle sich mal vor! Walter Baier ist der erste Parteivorsitzende in der 85jährigen Parteigeschichte der KPÖ, der getortet wurde, und das vor dem 33. Parteitag. Da wären ja selbst Franz Muhri, Lenin habe in selig, Hammer und Sichel obegfoin! Ein/e SchelmIn, wer da an Hump Dump Hilmar Kabas denkt! Aber wie schon eine alte Weisheit des werktätigen Volkes zu berichten weiß: Ein Unglück kommt selten allein. Einige Minuten später, der große Vorsitzende ist gerade zur Selbstreinigung angetreten, da rotieren ja Lenin und Stalin in ihrem Mausoleum, GenossIn Krieglsteiner verlässt ebenfalls das SeniorInnenkabinett, und wieder, ein weiterer Zuckerbäcker schickt sich zum Servieren an, und platschhhh! BäckerInnen sind nun mal keine KellnerInnen, wos soi ma mochn! So wurde auch Claudia Krieglsteins Blick auf das Wesentliche sahnig-herb getrübt, und, ein Kolateralschaden gewissermaßen, der ruppige Genosse mit Schlapphut hat auch etwas abgekriegt. Der obersten Avantgarde der Avantgardepartei, die bekanntlich immer Recht hat, bleibt genauso wie dem seligen Kaiser, nix erspart! Bäckermeister Nummero zwo musste sich aber noch mit einem aufgebrachten Genossen herumschlagen, der ihm ein Bäckerschupfen angedeihen lassen wollte, wie weiland den Lehrbuben in den Kolchosen und VEBs, wenn sie gepatzt haben. Vor Ort kam es aber noch zu heftigen Wortgefechten, als Menschen von der LINKEN sich verstiegen, dieses „Attentat" sogar als „faschistisch" zu geißeln. Apropos, Volxweisheiten, hieß es nicht einmal irgendwo: „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat!" Nach der unerquicklichen Mittagspause beschäftigten die Ereignisse des Vormittags auch noch die nachmittägliche Arbeitsgruppe. Der geschmähte Große Vorsitzende erklärte in einem Referat, dass seine Partei in ihrer langen Geschichte genügend Erfahrung mit der Demütigung politischer Gegner habe, und er fühle sich gedemütigt! Der Versuch einiger Personen doch irgendeine Resolution, welche sich mit EKH solidarisiert, der KPÖ aber nicht ans Bein pinkelt, zu drechseln! Dieses an sich schwierige Unterfangen wurde aber durch eine Drohung Walter Baiers gestoppt, wonach die KPÖ sich aus dem Projekt LINKE zurückziehe, wenn da auch nur irgendetwas pro EKH beschlossen werde.

Na ja, dann hat's je eh gepasst, meint Euer Peppi Schneeweiß!

Die KPÖ ist tot, EKH bleibt!

Dezember 2004

18. Dezember: Kundgebung für EKH

Einige hundert solidarische Leute fanden sich ab 14.00 Uhr am langen Einkaufssamstag am Beginn der Mariahilfer Straße ein. Wie erwartet war der Zugang zur Mariahilfer Straße hermetisch abgeriegelt. Trettgitter und eine dichte Reihe an PolizistInnen bildeten eine Barriere. An den beiden Rändern konnten am Gehsteig WeihnachtseinkäuferInnen die Sperre jedoch passieren. Vom Westbahnhof und den U-Bahn-Stationen kommend kam ein steter Schwall an Einkaufswütigen an der Kundgebung vorbei. Das Aussehen der Kundgebung war geprägt von den verteilten 300 roten Weihnachtszipfelmützen und kostümierten Weihnachtsmenschen und Engerln. Während der ganzen Zeit verteilten AktivistInnen Flugblätter an die verwirrten EinkäuferInnen. Nach einer kurzen Auftaktkundgebung und längerem Herumstehen setzten sich etwa 150 Leute in Richtung Polizeisperre in Bewegung. Das reichte, um die Polizei zu bewegen, den Zugang zur Mariahilfer Straße komplett abzuriegeln. Die nun behelmten PolizistInnen hatten alle Mühe den Leuten zu erklären, warum sie nicht mehr in das Einkaufsparadies gehen durften. Vielen PassantInnen blieb es ein Rätsel, wie es zu solch einem martialischen Polizeiaufgebot kommen konnte. Die Weihnachskostümierung erfüllte ihren Zweck, den massiven Polizeieinsatz lächerlich zu machen.

Ursprünglich war geplant, eine Demonstration zuerst über den Gürtel und danach parallel zur Mariahilfer Straße in Richtung Innenstadt zu führen. An beiden Seiten des Gürtels waren jedoch große Polizeikräfte in Bereitschaft und so wurde dieser Plan fallen gelassen. Einen Alternativplan dazu gab es, er konnte jedoch mangels Beteiligung an der Vorbereitung nicht umgesetzt werden. Eigene Ideen von DemonstrantInnen gab es auch keine, so blieb es bei einer Standkundgebung an diesem Tag. Das war insofern schade, da auch an diesem Tag noch etwas anderes möglich gewesen wäre. Lange Zeit war der Zugang zur Mariahilfer Straße nicht komplett abgesperrt. Selbst Leute, die offensichtlich der Kundgebung angehörten, konnten die Sperre passieren. Ein langsames Einsickern in die Einkaufsmeile mit anschließenden Spontanaktionen wäre möglich gewesen. Diese Idee scheiterte sowohl an der mangelnden Planung als auch an der Ideenlosigkeit der KundgebungsteilnehmerInnen.

Auch wenn viele TeilnehmerInnen jetzt frustriert über die Demovorbereitung schimpfen, der 18.12. war durchaus ein Erfolg. Die Idee bei dieser Aktion war, den geregelten Ablauf an diesem letzten Weihnachtssamstag soweit wie möglich zu stören. Und das haben die eingesetzten 900 BeamtInnen zur vollsten Zufriedenheit erledigt. Tausende Einkaufswütige wurden zumindest für kurze Zeit aus ihrem Weihnachtsrausch gerissen und viele von ihnen wurden mit den Flugblättern zum ersten Mal mit dem EKH konfrontiert. Mit dieser Kundgebung ist das EKH auch wieder in die kommerziellen Medien gekommen, was mit der Demo am 12. November nicht gelungen ist. Ein mehr an “action” (was viele KundgebungsteilnehmerInnen vermissten) kann wohl mit diesem Organisierungsgrad in den autonomen Strukturen nicht erreicht werden.

Da es auch in der TATblatt-Redaktion einige frustriert auf die Demovobereitung schimpften, hier auch noch der erste Kurzbericht von einem Anderen vom TATblatt: Irgendwie fiel die EKH-Solidemo diesmal vor allem der eigenen Konzeptlosigkeit zum Opfer. Obwohl klar war, dass zwar das Sammeln im Rahmen einer von den Grünen angemeldeten Kundgebung am Beginn der inneren Mariahilfer Straße beim Westbahnhof möglich sein werde, die beabsichtigte Tour durch die Mariahilfer Straße von der Polizei jedoch zu verhindern versucht werden wird, gab es letztendlich keine praktikablen Ideen, die Demo doch noch in irgendeiner Form durchzuführen. So war von Anfang an die innere Mariahilfer Straße von einer dichten Kette von Polizei- und Gendarmerie-BeamtInnen abgeriegelt. So um 15.30 Uhr - also eineinhalb Stunden nach dem angekündigten Demobeginn - sperrten die Behören auch noch die anderen Gassen und Straßen zur Kundgebung ab. Die U-Bahn-Abgänge wurden ebenfalls verriegelt. An einzelnen Stellen wurde es erlaubt, einzeln den Kessel zu verlassen. Nach offizieller Beendigung der Kundgebung wurde das Weggehen allen TeilnehmerInnen ermöglicht. Um 16.30 Uhr wurde auch die Polizeisperre Richtung Gürtel wieder aufgelöst. Die Mariahilfer Straße blieb weiter gesperrt.
Insgesamt waren zwischen 500 und 1000 DemonstrantInnen gekommen. Eine genauere Zahl ließ sich bei der dicht gedrängten Menge nicht ermitteln.

9. Dezember: Turbulente Demonstration gegen neues HochschülerInnenschaftsgesetz.

>>>Bericht auf Indymedia

8. Dezember 2004: Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Aubesetzung Stopfenreuth/Hainburg.

Zum 20. Jahrestag der Aubesetzung gegen das (damals) geplante Donaukraftwerk Hainburg fand am 8. Dezember (dem „offiziellen“ Start der Besetzung eine Reihe von Veranstaltungen statt.

Bereits sehr früh ging es schon um 9.30 am Stephansplatz los. Zwei Busse brachten TeilnehmerInnen dann zunächst in die Lobau zum Uferhaus, in dessen unmittelbarer Nähe die so genannte Lobauautobahn gebaut werden soll. Weiters startete ein Sonderzug vom Westbahnhof nach Bad Deutsch Altenburg.

Danach fand - sozusagen als Abschluss - eine Kundgebung auf dem Versammlungsgelände Stopfenreuth statt.

Hier präsentierten sich

Dezember 2004

BürgerInneninitiativen und Umweltschutzorganisationen, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sorgten für Speis und Trank, es gab auch ein großes Lagerfeuer. In ihren Ansprachen wiesen die RednerInnen auf die gegenwärtigen Gefahren für den Nationalpark Donauauen hin: Bau von Autobahnen (Lobau-autobahn, Marchfeldautobahn(en)), Donauausbau, Donauprivatisierung. Redebeiträge wechselten mit kulturellen Darbietungen ab.

Allgemein war mensch sehr darum bemüht, möglichst keine romantisch-verkitschte Verklärung der Aubesetzung aufkommen zu lassen. Infos auch unter: http://www.20-jahre-hainburg.at.

5. Dezember 2004: "Geiselnahme" "für" "Freiraum".

> siehe tatblatt-originaltextservice zur Rechten-->

*** tatblatt-originaltextservice * tatblatt-originaltextservice ***

In der Nacht von Samstag auf Sonntag den 5.12.2004 haben wir, der M.A.F.i.A (Militanter Arm Freiraum im Aufbau - auch Blumenkinder), einen weiteren Schritt unternommen, um unsere Entschlossenheit im Kampf für einen Freiraum im Hof 13 des alten AKHs unter Beweis zu stellen.

In einer gut geplanten Aktion haben wir eine KollaborateurIn mit dem Feind, das Eingangstor zum Areal , das bisher massiv daran beteiligt war, den Freiraum von der Außenwelt abzuschneiden, als Geisel genommen. Die Grausamkeiten und zutiefst unmenschlichen Dinge die wir tun müssen, sollte der Agressor nicht einlenken, und sofort das komplette Areal freigeben, sind in unserem BekennerInnenvideo unter http://at.indymedia.org/newswire/display/47655/index.php archiviert.

Dem Rektorat wurde auch tatsächlich von einem Boten das BekennerInnenvideo und ein Stückchen der Geisel am Dienstag in der Früh zugesandt.

Von den GenossInnen die sich unter freiraum.at.tt präsentieren, erwarten wir, das sie endlich ebenfalls ihre vollmundigen Ankündigungen, wieder massiv am Campus in Erscheinung zu treten wahrmachen, und sich nicht weiter auf Zeitung, Lobbying, Gespräche, Vernetzung, Renovierungspläne und sonstige zahnlose Aktionen beschränken.

Exekutivkommitee des M.A.F.i.A

*** tatblatt-originaltextservice * tatblatt-originaltextservice ***

tatblatt-originaltextservice ** tatblatt-originaltextservice ** tatblatt-originaltextservice **

Lenins Arsch ist fruchtbar noch, aus dem nach Stalin Baier kroch!
Die "Opposition für ein solidarisches Europa" lud für den 20. November 2004 zur Arbeitstagung in den SeniorInnenraum des WUK und es kamen vorwiegend Mitglieder und FunktionärInnen der KapitalistischenParteiÖsterreichs (KPÖ).

Wenn Leute, die das EKH an XXXXX [Rechtsextreme; aus rechtlichen Gründen korrigiert; Anm.] verkaufen, um mit wirklich allen Mitteln ihre Parteistrukturen aufrechtzuerhalten über Antikapitalismus und Solidarität reden, können wir in unserer Backstube das nicht tatenlos hinnehmen. Wir, die keine BewohnerInnen des EKH sind, mussten handeln. Daher haben wir beschlossen, Walter Baier stellvertretend für die Zerstörer linker Strukturen mit einer Torte das Leben zu versüßen.
Die solidarischen ZuckerbäckerInnen

tatblatt-originaltextservice ** tatblatt-originaltextservice ** tatblatt-originaltextservice **

Luftverbesserung

Ein Demonstrant, der in der Vergangenheit gegen Luftverschmutzung in London demonstriert hatte, wurde nun von einem britischen Gericht durch eine Verfügung in seinen Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt. Er darf die verschmutzte Zone, in diesem Fall das zentrale Stadtgebiet von London, nicht mehr betreten. Erlaubt ist ihm nur die U-Bahn oder den Bus durch Zentrallondon zu benützen, nicht jedoch dort auszusteigen.

US-Umweltpolitik

Ein US-Gericht hat es Greenpeace USA untersagt, während er nächsten sieben Jahre Aktionen gegen Exxon-Mobil durchzuführen. Exxon-Mobil ist Ziel einer weltweiten Kampagne von Greenpeace. Näheres zu der Kampagne www.greenpeace.org

Coca Cola in Indien

Coca Cola ist Ziel einer landesweiten Kampagne in Indien, weil der Konzern der Landwirtschaft und den Gemeinden systematisch das Trinkwasser abzapft und außerdem elende Arbeitsbedingungen herrschen. Nach einem Protestmarsch von einer Cola-Fabrik zur nächsten wurden kürzlich DemonstrantInnen von der Polizei durchgeprügelt, wobei 100 verletzt und 350 festgenommen wurden.
Es gibt die Möglichkeit, dem Coca Cola Präsidenten in Atlanta, Georgia, in den USA ein Fanfax dafür zu senden. www.indiaresource.org/action/faxcoke.php

Kulturkampf gegen Rikschas

Das Rikscha ist nicht nur ein altes, sondern in vielen Teilen der Erde ein häufig verbreitetes Transportmittel. Doch um dieses tobt ein Kulturkampf, der von der Autolobby mit massiver institutioneller Gewalt geführt wird.
Die Weltbank verlangt von der Stadtverwaltung von Dhaka, der Hauptstadt von Bangla Desh, daß Rikschas von den acht wichtigsten Straßen gesetzlich verbannt werden, damit der Autoverkehr freie Bahn hat. Rikschas sind in Bangla Desh das am meisten verbreitete Transportmittel und selbst in Dhaka ist der Autoverkehr so gering, daß die Luftverschmutzung kein großes Problem darstellt. Das steht in krassem Gegensatz zu den indischen Großstädten, Jakarta, Bangkok oder Manila, wo die Weltbank schon in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich Verkehrspolitik in Richtung motorisierten Wahnsinn gemacht hat.

Umweltorganisationen in aller Welt und zahlreiche Gewerkschaften von RikschafahrerInnen machen nun international mobil, die Attacke der Weltbank abzuwehren. Rikschas sind ein sicheres Einkommen für die armen Schichten und der Bau von Autobahnen und das Verbot von Rikschas ist nichts anderes als Krieg gegen die Bevölkerung.

Zweiter Schauplatz des Kampfes der motorisierten Kriegshorden gegen die umweltfreundlichen Rikschas ist London. Dort führen die schwarzen Taxis den Kampf um die verstunkene Stadtluft gegen die Fahrradpower. Die Taxiverbände wollen ein totales Verbot von Rikschas. Dazu wurde beispielsweise ein manipulatives Video gedreht, das zwei Rikscha-Fahrgäste zeigt, wie sie in ein Auto krachen und dabei schwerste Verletzungen erleiden. Deswegen seien Rikschas lebensgefährlich und zu verbieten.

Die größte Rikscha-Firma, Bugbugs, kontert, daß sie unfallsichere Rikschas in Dienst haben und, daß es in sechs Jahren noch zu keinem Frontalunfall gekommen ist, bei dem Fahrgäste verletzt worden sind.

Infos: www.carbusters.org

Südafrika: Gegen Ziegen und Rinder

Den Kampf gegen die Armen in den Townships von Johannesburg hat nun mit einer “zero tolerance” Losung der Gesundheitsstadtrat der Stadt, Nic van Deventer, aufgenommen. Ab nun werden die BesitzerInnen von Kühen und Ziegen bestraft, die ihr Vieh auf den Straßen herumlaufen lassen. Die Bestrafung kann auch Konfiszierung bedeuten. Das Vieh sei eine Gefährdung und würde Mist machen. Erlaubt soll nur noch eine Ziege sein und nur dann, wenn eine Kuhmilchallergie nachgewiesen werden kann.
In Wirklichkeit werden erstens Autos durch das Vieh der Armen behindert, was den Reichen ein Dorn im Auge ist, und zweitens grast das Vieh auch im Township Alexandra nahe den Shoppingmalls und Bürogebäuden von Sandton.

Gefährliche StrahlenpatientInnen

PatientInnen, die mit nuklearer Medizin behandelt werden, laufen zunehmend Gefahr falsche Alarme auszulösen. Schon bisher war es für solche Leute gelegentlich ein Problem bei Grenzübertritten, daß der Strahlenmesser Alarm gab. Doch nun laufen zumindest in den USA im ganzen Land zahlreiche AgentInnen des Superinnenschutzministeriums mit tragbaren Meßinstrumenten herum, die auf Strahlung Zeichen geben. Das Problem bewegt sich zahlengemäß in folgenden Dimensionen: Stetig steigt die Anzahl von Menschen, die mit radioaktiven Substanzen untersucht und behandelt werden. In den USA waren es 2002 bereits 18,4 Mio. Behandlungen. Die USA haben 200 Mio. EinwohnerInnen. Lokale, staatliche und bundesstaatliche Behörden haben nun 10.000 Strahlenmeßgeräte gekauft, so das Department of Homeland Security. Auch hier ist die Tendenz offenbar stark steigend. Die Lösung sieht so aus, daß sich behandelte Personen tunlichst eine wasserdichte Dokumentation über ihre Strahlenbehandlung besorgen sollten, falls sie nicht in Verdacht geraten wollen.

UK wird Atommüllendlager

Auf Beschluß der Regierung wird Großbritannien zum Endlager für Atommüll: Für die ganze Welt mit Ausnahme der USA. Damit wurde eine Regelung beendet, die besagte, daß in Großbritannien aufgearbeiteter Atommüll wieder exportiert werden muß.

TATblatt

Ab nun können sich Japan, die Schweiz, Deutschland, Italien, Spanien und Schweden ihres Endlagerproblems für Atommüll durch Zahlungen an British Nuclear Fuel (BNFL) entledigen. Schon bisher war aus diesen Ländern Atommüll nach Großbritannien in die WAA Sellafield exportiert worden, jedoch mit der Auflage, daß der Müll wieder zurückgenommen wird. In der Praxis haperte es mit der Rücknahme, sodaß große Mengen aus anderen Ländern nun in Großbritannien lagern.

In Großbritannien gibt es jedoch kein Endlager, sodaß der Müll in Zwischenlagern gestapelt wird. Ein Komitee sucht seit längerem nach einer Lösung, wobei auch das Vergraben in der Antarktis und das Verschießen in die Sonne ventiliert wird.

Realistischer scheint jedoch die Einlagerung in Höhlen im Land. Ein Sprecher von BNFL zeigte sich hoch erfreut über die Entscheidung. George MacKerron, Vorsitzender des Komitees für Atommüllmanagement der Regierung meinte abgeklärt, daß es bei den großen Mengen britischen Atommülls auf den aus dem Ausland auch nicht mehr ankäme. "Unter praktischen Gesichtspunkten macht es keinen großen Unterschied bezüglich des gesamten Atommüllproblems", so MacKerron.

Es ist nun eine drastische Reduzierung der Transporte von Großbritannien in andere Länder zu erwarten. Allerdings werden die Transporte nicht ganz aufhören, da sich die entsendenden Länder verpflichten müssen, hochradioaktiven Müll aus britischen Anlagen, der zwar mengenmäßig deutlich geringer, aber stärker verstrahlt ist, zu übernehmen. Dieser aufbereitete Müll ist auch, im Gegensatz zum gewöhnlichen Atommüll, zur Herstellung von Kernwaffen geeignet und deshalb bedarf der Transport besonderer Sicherheitsmaßnahmen. Die Transporte dieses Mülls nach Schweden, Italien, Spanien, Deutschland und in die Schweiz werden von mit Gewehren bewaffneten Polizeieinheiten begleitet werden. Es wird voraussichtlich 38 solcher Transporte in Europa geben, die ausschließlich aus diesem hochaktiven britischen Müll bestehen. Die Versendung erfolgt auf Fähren und mit der Bahn. Nach Japan wird der Atommüll über alle Meere verschifft.

Nach Angaben von BNFL werden dadurch Mehreinnahmen von 680 Mio. Pfund (1 Mrd. Euro) erzielt, die angeblich in die nukleare Sanierung in Großbritannien investiert werden.

Englischer Soldat als Selbstmordattentäter

Ein betrunkener Soldat beging am 9. Dezember beinahe Selbstmord, weil er sich verkleidete. Während einer Party zu Ehren seines Regiments, das 1815 in der Schlacht von Waterloo gesiegt hatte, kostümiere er sich als "Selbstmordattentäter", indem er einen falschen Bart, einen Turban und eine Kampfjacke, in die vorgebliche Sprengkörper gestopft waren, anzog.

Als er sich damit nach der Feier auf der Straße sehen ließ, drehte die "Öffentlichkeit" durch. Als er so nahe der Armeebasis in Aldershot in Südengland auf der Straße ging, rief jemand die Polizei und dann ging es erst richtig los. Fünfzehn Polizeiautos trafen ein, die Militärpolizei zusätzlich und ein paar Hundeeinheiten obendrein. Der Soldat wurde verhaftet. Die Nacht verbrachte er im Gefängnis. Für den Verstoß gegen die öffentliche Ordnung gab es es eine Geldstrafe.

Verhaftung für Schere im Rucksack

Porsche Brown, zehnjährige Schülerin in Philadelphia in den USA, machte enge Bekanntschaft mit dem "Gesetz". Sie betrat die Schule mit ihrem Rucksack in dem sich eine Schere befand. Das hätte sie besser nicht getan.
In der Klasse wurden, nachdem etwas vom Tisch der Lehrerin verschwunden war, alle SchülerInnen gefilzt. Dabei tauchte etwas Verdächtiges auf, eine 16 cm lange Schere. Die Polizei wurde gerufen und nahm das Mädchen fest. Sie wurde mit angelegten Handschellen abgeführt und zur Polizeistation gefahren. Sie hatte eine Bestimmung verletzt, der gemäß es nicht erlaubt ist eine Schere in die Schule mitzunehmen, da diese eine potentielle Waffe ist.

Als die Sache in den Medien bekannt wurde, beeeilten sich Schule und Polizei mit Verharmlosung. Die Schülerin habe keine bösen Absichten gehabt, das wäre eine Überreaktion und eine Verschwendung von Zeit der Polizei, die Polizei entschuldigte sich sogar offiziell und die Schule setzte die Suspendierung vom Unterricht von 5 auf gnädige zwei Tage herab.

Sankyo Barcelona

Am 25. Juli sowie am 8. Oktober wurde der Geschäftsführer von Sankyo in Barcelona besucht. Beim ersten Mal wurde sein Wohnhaus mit Anti-HLS Sprüchen versehen. Beim zweiten Besuch wurde ein Päckchen mit Pistolenkugeln und folgendem Brief in seinem Postkasten hinterlassen: “If Sankyo doesn’t drop HLS soon you can be sure that the next bullet will go directly to your head”
www.directaction.info

Modehauskette Zara pelzfrei

Für den 25. September 2004 war ein weltweiter Aktionstag gegen Pelzverkauf bei Zara angekündigt. Nachdem Tierrechtsgruppen aus aller Welt für diesen Tag Demonstrationen vor Zara-Filialen angemeldet hatten, gab die Zara-Zentrale in Spanien einen Tag davor schriftlich bekannt, dass alle Pelzkleidungsstücke in allen Zara-Filialen entfernt werden. Gemeint sind damit: die USA, Großbritannien, Irland, Belgien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Island, Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweiz, Polen, Tschechien, Slowenien, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Mexiko und Venezuela.

Tierrechtskongress in Wien

Vom 16.-19. September fand in Wien der 2. Tierrechtskongress Österreichs statt. Neben Hauptvorträgen zu den Themenbereichen soziale Hierarchien/Gewalt/Speziesismus, (Tier)Ethik, Geschichte der Tierrechtsbewegung und Animal Liberation Front deckten auch die 34 Arbeitskreise ein breites Themenspektrum ab - zwischen Theorie und Praxis. Nach Inputreferaten wurden die verschiedenen Positionen lebhaft diskutiert. Zwei Demonstrationen - vor einem Pelzgeschäft und einer McDonald Filiale - fanden ebenfalls statt. Die Vortragenden und KongressbesucherInnen kamen auch dieses Mal wieder aus verschiedenen Ländern, u.a. England, Russland, USA, Kroatien, Schweiz, Deutschland.

So weit die nüchterne Rahmengeschichte. Eine kritische Bilanz des Kongresses findet Ihr in der Online-Ausgabe des TATblatts (www.tatblatt.net) unter dem Titel “Eine soziale Bewegung, die sich immer noch in verschiedene Richtungen bewegt.”

USA: 401 Tiere befreit, Labors zerstört

In der Nacht zum 14. November 2004 konnte die ALF insgesamt 401 Tiere aus der Universität von Iowa (USA) befreien.
Sie nahmen alle Tiere des 3. Stockwerkes vom Institut für Psychologie mit: 88 Mäuse und 313 Ratten. Nach tierärztlicher Versorgung (viele von ihnen hatten schlimme Wunden und Elektroden in den Köpfen) wurden die Tiere auf liebevolle Plätze gebracht. Weiters wurden 2 Tierversuchslabore und 3 Büroräume von TierexperimentatorInnen völlig verwüstet und alles was mit Tierversuchen zu tun hatte zerstört.

In den Laboren des Psychologie-Institutes werden entsetzliche Versuche an Ratten, Mäusen, Meerschweinchen und Affen durchgeführt. In den fensterlosen Laborräumen fanden die TierrechtlerInnen drogensüchtige Ratten, Ratten in sog. Stress-Tests (reagieren auf laute Geräusche, grelles Licht, Entzug von Essen und Trinken, etc.) , unbetäubte Tiere mit eiternden, zugehefteten Wunden und Elektroden in den Köpfen.
Die Namen und Wohnadressen der TierexperimentatorInnen wurden mittlerweile veröffentlicht. Alle Infos zur Aktion, BekennerInnenschreiben, sowie über hundert Fotos von den befreiten Tieren gibt’s auf http://www.directaction.info

Italien

Am 5. November wurde eine Kaninchenfarm in Italien von der ALF besucht und alle 14 Hasen befreit. Sie wurden für die Fleischindustrie gezüchtet.
In der Nacht zum 12. November wurden 2500 Nerze auf einer Nerzfarm bei Padova freigelassen. An den Wänden der Farm fand der Besitzer am nächsten Morgen “from the cages to freedom-ALF” gesprayt.

Russland

Am 8. November brach die russische ALF erneut in das Biologie-Institut der Universität von Moskau ein. Im Frühjahr diesen Jahres wurden dort bereits 100 Ratten und fünf Hasen befreit. Diesmal nahmen sie einen Hasen mit, weil sich sonst keine Tiere dort befanden. Er hatte Elektroden in sein Hirn implantiert. An den Wänden des Labors wurden Slogans in roter Farbe hinterlassen.

Wiener Neustadt

Mitte November wurden in Wiener Neustadt (NÖ) mehrere Fensterscheiben von Pelzgeschäften und Fleischhauereien mittels Glaskleber zerstört. Dabei wurden Glasstücke mit Anti-Pelz bzw. Anti-Fleisch-Botschaften an die Auslagenscheiben geklebt.

Südburgenland

In Luising (Südburgenland), im Jagdrevier der Rauch-Kallats, wurden Ende November zwei große Tore einer Fasanvoliere, in die über 5000 Tiere gepfercht waren, geöffnet. Alle, bis auf 10 Fasane konnten entkommen. Familie Rauch-Kallat züchtet die Fasane für zahlende Jagdgäste zum Abschießen.

Repressionen gegen die italienische Tierrechtsbewegung

Die eher junge italienische Tierrechtsbewegung, die sich überwiegend aus der anarchistischen Szene entwickelte, hat im letzten Monat mit massiven Repressions-Massnahmen zu kämpfen gehabt. Dass sie damit kaum zu schwächen ist, zeigt ihre trotzdem anhaltende hohe Aktivität.

Huba Buba

Am 20. November, haben sich in der italienischen Ortschaft San Polo d'Enza an die 1500 TierrechtlerInnen versammelt um für die Schließung der Morini-Farm zu demonstrieren. Das Familienunternehmen züchtet dort seit 30 Jahren vor allem Hunde und Nagetiere, um sie später an Tierversuchslabors zu verkaufen. Seit mehreren Jahren führen AktivistInnen aus ganz Italien eine Kampagne zu Schließung des Unternehmens und haben bislang schon große Erfolge erzielt. Mittlerweile ist es für Giovanna Sopprani, die Chefin der Farm, immer schwieriger geworden für ihre „Produkte" zu werben, da ihnen niemand mehr Platz dafür bieten will. Außerdem geben regelmäßig LiefantInnen des Unternehmens dem Druck der intensiven Kampagne nach und beenden ihre geschäftlichen Kontakte zu Morini. Zudem wurde dem Unternehmen vor rund einem Jahr die Lizenz entzogen, Hunde an Forschungseinrichtungen zu verkaufen, was für große finanzielle Einbrüche sorgte.

Schon Tage vor der internationalen Demonstration gingen Gerüchte um, dass eine Eskalation dazu dienen sollte, die regelmäßig stattfindenden kleinen Mahnwachen vor der Farm endgültig zu verbieten und das Netzwerk aus Tierrechtsgruppen zu schwächen.

Und genauso kam es: Nachdem der Demozug am Nachmittag des 20. November völlig friedlich aber laut durch die Ortschaft verlaufen war, startete die behelmte Polizei eine Prügelorgie sondergleichen. Resultat waren 50 Verletzte, 20 Einlieferungen ins Krankenhaus und 7 vorübergehende Festnahmen. Neben Bein- und Fingerbrüchen gab es massiv Platzwunden. Selbst eine Rollstuhlfahrerin und ein Aktivist mit Krücken wurden nicht verschont. Daraufhin wurden von der Regionalregierung alle Demonstrationen in und um San Polo d'Enza untersagt. Und zu allem Überfluss bekam Morini ihre Genehmigung um Hunde an Labors verkaufen zu dürfen wieder ausgestellt.

Am 8. Dezember demonstrierten rund 400 TierrechtlerInnen gegen die Pelzindustrie in der Mailänder Innenstadt. Die Demo brachte ein massives Polizeiaufgebot mit sich und konnte nur als wandernder Kessel abgehalten werden.

Am Tag danach, dem 9. Dezember, führte die italienische Polizei die größte Aktion gegen die Tierrechtsbewegung in Italien bisher durch. In den frühen Morgenstunden wurden rund 30 Wohnungen und Häuser von TierrechtlerInnen und TierschützerInnen in Turin und mindestens weitere 10 in Florenz, Mailand und Padua durchsucht. Anlass dafür waren die unzähligen Beschädigungen der Häuser und Autos von leitendem Personal des Tierversuchslabors RBM in der Nähe von Turin und Drohungen, sowie Beschädigungen von Pelzläden und Metzgereien, zu denen sich in der Vergangenheit AktivistInnen der Animal Liberation Front (A.L.F.) bekannt hatten. Bei der Aktion wurden mehrere Personen vorübergehend festgenommen und eine Aktivistin unter Hausarrest gestellt. 13 Personen werden verdächtigt weitere Sachbeschädigungen und Drohungen geplant zu haben.

Am Tag danach, dem 9. Dezember, führte die italienische Polizei die größte Aktion gegen die Tierrechtsbewegung in Italien bisher durch.

Quellen:
italy.indymedia.org
www.directaction.info
www.chiuderemorini.net

Die Kampagne gegen Peek & Cloppenburg - eine Zwischenbilanz:

Seit knapp 3 Jahren läuft nun schon die deutschland- und österreichweite Kampagne der "Offensive gegen die Pelzindustrie" (OGPI) gegen den Pelzverkauf bei Peek & Cloppenburg. Seit kurzem beteiligen sich auch TierrechtlerInnen aus Holland an der Kampagne.

237 Demonstrationen hatte P&C alleine heuer in den ersten acht Monaten zu verzeichnen, 714 seit Ende 2002. Es gab Festkettaktionen, Go-Ins, Flugblattaktionen und Demonstrationen bei P&C ManagerInnen vor der Haustüre. Durch die begleitende Pressearbeit der OGPI war Peek & Cloppenburg zig mal in Verbindung mit Pelzverkauf in den deutschen Medien. Das Anliegen der Demonstrationen wurde in jeder Berichterstattung erwähnt.

Wie alles begann ...

Die Offensive gegen die Pelzindustrie wurde im Jahr 2000 gegründet. Ihr Ziel ist die Abschaffung des Pelzhandels, und zwar in all seinen Formen. Die OGPI ist ein Zusammenschluß von verschiedenen Tierrechtsgruppen und Einzelpersonen in Deutschland und Österreich und versteht sich ausdrücklich als Teil der Tierrecht- und Tierbefreiungsbewegung. Sie kämpft für die Befreiung der Tiere und stellt sich damit grundsätzlich gegen die systematische und institutionalisierte Gewalt gegen Tiere in all ihren Formen. Gefordert wird keine Reform der Tierausbeutung, sondern ihre Abschaffung. Eine friedliche Koexistenz zwischen der menschlichen Gesellschaft und tierlichen Individuen sieht die OGPI daher in der veganen Lebensweise.
Seit dem Rückgang des Pelzverkaufes Ende der 1980er Jahre versucht die Pelzindustrie mit der Strategie "ein bißchen Pelz" einen neuen KundInnenkreis zu gewinnen. Pelzapplikationen an Jacken und Mänteln in Form von Krägen oder Verbrämungen sind zur Massenware in vielen Kaufhäusern geworden. Mit den Pelzapplikationen macht die Pelzindustrie heute wahrscheinlich mehr Umsatz, als durch den Verkauf von Pelzjacken und Pelzmänteln. Viele Menschen, die niemals eine Pelzmantel kaufen würden, kaufen plötzlich Pelz - teilweise unbewußt - als Verbrämung. Der Verkauf von Pelz in Mode- und Kaufhausketten hat für die gesamte Pelzindustrie eine immense Bedeutung.
Die OGPI hat bereits erreicht, dass Unternehmen wie Karstadt Quelle, C&A, Zara sowie der Otto-Versand ihre Pelzprodukte aus dem Sortiment genommen haben.

Peek & Cloppenburg mordet mit!

In den Filialen von P&C befindet sich Echt-Pelz in allen Darbietungsformen: Pelzkrägen, Pelzschals, Mäntel mit Innenfutter aus Tierfellen und andere Accessoirs aus Pelz. In einigen deutschen Filialen werden ganze Pelzmäntel und Pelzjacken, Fuchstaschen, Nerzdecken und Fuchskissen angeboten.

Peek & Cloppenburg gehört zwar zu den größten TextileinzelhändlerInnen Deutschlands, hat aber im Jahr 2003 gegenüber 2002 den stärksten Umsatzrückgang zu verzeichnen.
Ob und wie sehr sich die Kampagne dabei bemerkbar gemacht hat oder nicht, ist schwer zu sagen. Bis jetzt zeigt sich P&C eisern, die Konzernzentrale läßt ab und zu verlauten, sie denken nicht daran, die Pelze aus den Regalen zu nehmen.

Der Verkauf von Pelz in Mode- und Kaufhausketten hat für die gesamte Pelzindustrie eine immense Bedeutung.

Nun ja, die Kampagne wird weiterhin dranbleiben und es wird sich noch zeigen, wie lange sich das Peek und Cloppenburg auf dem hart umkämpften Textilmarkt leisten kann ...

Die Kampagne läuft auf verschiedenen Ebenen, neben angemeldeten Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams gibt es immer wieder direkte Aktionen.
Website mit aktuellen Informationen über die Kampagne: www.ogpi.de

P&C-Filialen in Wien:
A-1070 Wien,
Mariahilferstr. 26-30,
Tel: 01/525 61,
dialog@peekundcloppenburg.de

A-2334 Vösendorf,
Tel: 01/6991480
Fax: 01/6991480-100

Einige Direkte Aktionen der letzten Monate:

September:

In österr. P&C-Filialen werden Waren im Wert von über 500 Euro zerschnitten und somit unbrauchbar gemacht.

18. September:

2 nächtliche Homedemos in Wien bei P&C-Geschäftsführern.

25. September:

Go-in in einer Hamburger P&C-Filiale. Mit Schildern, Megaphon und ca. 2000 Wurfschnipseln wurde auf den Pelzhandel von Peek und Cloppenburg aufmerksam gemacht. Zwei Alarmpieper wurden in den Geschäftsraum gelegt (Alarmpieper haben einen Stiftmechanismus; wenn der Stift rausgezogen wird, ertönt ein lauter schriller Ton, der nicht abzuschalten geht).
P&C hielt das Piepsen für den Feueralarm und ließ daraufhin die gesamte Filiale evakuieren.

7. Oktober: [Originaltext!!]

"In der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober wurden Harro-Uwe Cloppenburg und Andreas Heller besucht.

Harro-Uwe: Rote Farbe auf Autos und Haus und Garagentor, Buttersäure in das Haus, Abbeizer über 2 Autos, Schlösser verklebt.
Andreas: Buttersäure in das Haus
Harro-Uwe und Andreas sind Führungspersonen von Peek und Cloppenburg. Peek und Cloppenburg verkaufen Pelze. Millionen von Tiere werden jedes Jahr gequält und getötet für Pelz. Harro-Uwe und Andreas sind direkt verantwortlich für die Entscheidung von Peek und Cloppenburg Pelze zu verkaufen. Sie sagten in einer Presserklärung, sie werden es weiterhin machen.
T.B.F."

9. Oktober: [Originaltext!!]

"wir haben letzte nacht das auto des pelztiermörders hendrik cloppenburg mit lacklösemittel und lackfarbe übergossen dann haben wir 1/4 liter buttersäure durch den briefschlitz gegossen und das haus mit lackfarbe beschmiert

kein friede mit den tiermördern
animal liberation front"

15. Oktober:

2 Schaufenster einer P&C-Filiale in Berlin wurden verätzt.

12. November: [Originaltext!!]

"wir haben am 12.11.2004 in berlin erneut eine wurfschnipselaktion gegen den pelzhandel bei der modehauskette peek und cloppenburg durchgeführt. gegen 15:00 uhr wurden ca. 1200 kleine zettel mit der aufschrift pelzhandel ist todeshandel - p&c boykott, sowie stoppt den pelzhandel bei peek und cloppenburg in der p&c filiale in berlin steglitz verstreut. dabei wurden zahlreiche wurfschnipsel zwischen kleidungsständer geworfen, um eine unmgehende beseitigung zumindest zu erschweren. angestellte und sicherheitsdienst warn nicht in der lage die werfenden festzuhalten.

ein für alle mal. wir kommen immer wieder solange peek und cloppenburg im mörderischen pelzhandel mitmischt."

10. Dezember: [Originaltext]

"P&C hält unverändert am Pelzhandel fest. Das bedeutet das Leiden der Tiere für die Pelzindustrie ist den P&C Managern egal. Diese Ignoranz muß mit Taten, die eine klare Sprache sprechen, beantwortet werden. Wir können nicht einfach wegsehen, wenn Tiere eingesperrt und ihres Lebens beraubt werden. Deshalb wurde in den Nachtstunden vom 10.12.04 das Haus vom P&C Manager van Kaldenkerken mit 6 "Farbbomben" beworfen. Damit auch alle sehen können, hier wohnt jemand dessen weisse Weste beschmutzt ist. Derartige Umgestaltungen werden sich wiederholen, wenn sich die Geschäftspolitik von P&C nicht ändert. Wir fordern eine öffentliche Distanzierung vom Pelzhandel.
TBF"

Lords stürzen britisches Anti-Terror-Gesetz

Im Gefängnis Belmarsh sitzen neun Personen seit bis zu drei Jahren für unbestimmte Zeit und ohne Gerichtsverfahren wegen angeblicher "Unterstützung von Terror". Ermöglicht hat das bisher ein Gesetz, der "Anti-Terrorism, Crime and Security Act", das nun vom Obersten Gericht, den sogenannten Law Lords, aufgehoben wurde. Die Regierung hat aber sogleich festgestellt, daß die Gefangenen offiziell weiterhin inhaftiert bleiben.

TAZblatt

Es bleibt Adeligen und GroßbürgerInnen in Zeiten wie diesen überlassen, rechtliche Mindeststandards vor dem Zugriff von in Spitzenpositionen aufgestiegenen "Ministern aus kleinen Verhältnissen" zu bewahren. Wie bei Schlögl, Löschnak und Strasser wurde auch bei Innenminister Blunkett stets "aus kleinen Verhältnissen stammend" betont. Als Sinnbild des spießbürgerlichen Strebertums legten sie allesamt eine Politik an den Tag, die beim Abbau fundamentaler Menschenrechte jede rechtsextreme Partei übertraf. Erst Grundsatzurteile von obersten Gerichten, die allesamt von konservativen Angehörigen der bürgerlichen Oberschicht besetzt sind, machten deren Karriere ein Ende. Das war durch die Aufhebung von wesentlichen Teilen der Asyl- und Überwachungsgesetzgebung aus der Zeit von Löschnak, Schlögl und Strasser so, und auch Blunkett scheiterte letztendlich an den Lords. Einen Tag nach seinem Rücktritt wegen einer an sich vergleichsweise lächerlichen Affäre, weil er bei der Visaerteilung für das Dienstmädchen aus den Philippinen etwas angeschoben hatte, erklärten die Law Lords die Sondergesetze zur Inhaftierung von ausländischen Terrorverdächtigen für ungesetzlich.

Die Lords

Die neun Law Lords aus dem britischen Oberhaus, dem House of Lords, stellen das oberste Gericht Großbritanniens dar. In ihrer Entscheidung zugunsten der neun Inhaftierten in Belmarsh bezeichneten sie die Gesetze als "drakonisch" und im Widerspruch zu Artikel 5 der Menschenrechtskonvention, dem Recht auf Freiheit. Die Entscheidung fiel 8 zu 1. Allerdings bedeutet das Urteil nicht die Pflicht zur Umsetzung. Das Gesetz kann erneut im Parlament abgestimmt werden. Die Gefangenen erhalten weiterhin kein Gerichtsverfahren.

Kern des Spruches der Lords ist die Diskriminierung durch die Tatsache, daß das Gesetz nur Anwendung auf AusländerInnen findet, britische StaatsbürgerInnen sind nicht betroffen. In der Praxis sind alle neun Inhaftierten Moslems. Das britische Terrorgesetz "diskriminiert aufgrund von Nationalität und Immigrationsstatus", so Lord Bingham. Lord Nichols: "Unbegrenzte Inhaftierung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren ist ein Fluch in jedem Land, das das Regieren des Gesetzes beachtet." Die Regierung wurde durch die Lords auch zur Begleichung der Verfahrenskosten verurteilt.

Innenminister Neu

Nach dem Rücktritt des Psychopathen Blunkett, der beispielsweise dreijährigen Kindern Fingerabdrücke abnehmen und in einen Datenbank speichern lassen wollte, weil sich Verbrecherkarrieren schon im frühen Alter statistisch nachweisen lassen, übernahm der bisherige Gesundheitsminister Clarke am ersten Tag des Amtes diese Entscheidung. Ob von Clarke besseres zu erwarten ist, bleibt zu bezweifeln. Schließlich verkündete er gleich zu Amtsantritt, daß er auch ein Verfechter der zwangsweisen nationalen ID-Cards mit Fingerabdrücken ist. In einem Interview mit der BBC war Clarke krampfhaft um den Eindruck bemüht, daß es keine Änderungen gegenüber der Politik von Blunkett geben wird. Noch am Tag vor seinem Abtritt hatte Blunkett ein Gesetz für

> Law Lord Hoffmann: "Die wirkliche Gefahr für das Leben einer Nation, in dem Sinne von Menschen, die in Übereinstimmung mit ihren traditionellen Gesetzen und politischen Werten leben, kommt nicht vom Terrorismus, sondern von Gesetzen wie diesen."

Sondergerichte fertiggestellt, das im Verfahren nur noch speziell zugelassene AnwältInnen als Rechtsvertretung vorsieht.

Allerdings gehen rechtlich Versierte davon aus, daß es ohne rasches Reagieren der Regierung auf den Spruch der Law Lords zu einer Verfassungskrise kommen wird. Der Regierung bleiben nun zwei Möglichkeiten: Das Gesetz wieder im Parlament einzubringen oder eine neue Gesetzgebung auszuarbeiten, die britische und nicht-britische StaatsbürgerInnen gleichstellt.

Menschliche Tragödien

Nach Angaben der AnwältInnen sind vier der neun Inhaftierten psychisch derart beeinträchtigt, daß sie sich momentan im Broadmoor Spital und nicht im Gefängnis Belmarsh befinden. Einer wurde aus Belmarsh freigelassen und unter Hausarrest gestellt; er darf nicht einmal in den Garten des Hauses gehen.

Babar Ahmad, der neueste Fall, ist jedoch britischer Staatsbürger und lebt in Tooting, South London. Besser gesagt er lebte, denn jetzt sitzt er nicht zum ersten Mal im Gefängnis. Begonnen hatte es im Dezember 2003, als er durch eine Antiterroreinheit der Polizei im Morgengrauen geweckt wurde. Dabei wurde er systematisch verprügelt. Seine Frau mußte dabei zusehen. Er erlitt 50 verschiedene, teils äußerst schwere Verletzungen. Babar wurde gezwungen, in „moslemischer" Gebetshaltung zu sitzen und wurde gefragt, wo sein Gott denn jetzt sei. Nach sechs Tagen Verhör wurde Babar ohne Anklage freigelassen.

Ein unabhängiger medizinischer Gutachter stellte fest, daß Babar kontrolliert so mißhandelt wurde, daß zwar schmerzhafte Traumata am Körper entstehen, aber keine unmittelbare Lebensgefahr entsteht.

Babar konnte die Namen mehrerer Polizisten nennen, außerdem gibt es ein Video der Polizei von der Aktion. Er erhob offiziell Beschwerde bei der unabhängigen Polizeibeschwerdekommission, die ein Ergebnis einer Kette von rassistisch motivierten Polizeiübergriffen mit Todesfolge der Polizei in der Vergangenheit ist. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Plötzlich fand die Polizei heraus, daß sie genug Beweise hatte Babar erneut festzunehmen. Am 5. August wurde er am Arbeitsplatz verhaftet und die Wohnungen der Schwester und der Eltern durchsucht. Seitdem sitzt er aufgrund eines Auslieferungsantrages der USA (!) in Haft. Die USA behauptet, daß Babar im Internet Spenden für "terroristische Aktivitäten" gesammelt hat und daß bei ihm eine Diskette gefunden worden wäre, die Pläne von Kriegsschiffen der USA enthalten habe. Außerdem hätte er eine "Verschwörung gegen das Empire State Building" geplant.

Beweise

Babar wurden bei der ersten Verhaftung Fingerabdrücke abgenommen und die DNA ermittelt. Das wurde dann rund um die Welt geschickt. Danach wurde er freigelassen. Die Stop Political Terror Campaign, die Babar unterstützt, weist auf die offensichtliche Fabrikation von "Beweisen" nach der ersten Festnahme hin, da ein potentieller Attentäter wohl kaum neun Monate, das ist der Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Verhaftung, frei herumlaufen kann. Der "Beweis" für die These vom Empire State Building besteht überhaupt nur aus einem Tourismusprospekt aus dem Jahr 1970, den Babar besitzt, weil sein Vater 1973 die USA besucht hatte.

Selbstverständlich ist Großbritannien keine Diktatur. Deswegen wurden Babar während der Festnahme durch einen Polizeioffizier seine Rechte mitgeteilt: "You are going to remember this day for the rest of your fucking life. Do you understand me, you fucking bastard?"
Im September stellte die Staatsanwaltschaft fest, daß es "nicht genug Beweise" für eine Vorgehen gegen die beteiligten Polizisten gibt. Drei Tage vor der Verlautbarung der Einstellung der Ermittlungen gegen die Polizei wurde die Presse mit Details über die angebliche Schuld Babars gefüttert, um ihn zu diskriminieren.

Rechtliche Grundlagen

Babar soll nach dem Auslieferungsabkommen zwischen den USA und Großbritannien aus dem Jahr 2003 ausgeliefert werden. Dieses Abkommen sieht einseitig vor, daß die USA die Auslieferung verlangen kann, sobald sie eine Anschuldigung erhebt. Umgekehrt besteht diese Möglichkeit nicht, also es kann von Großbritannien nicht die Auslieferung von den USA verlangt werden.
Das Abkommen sieht keine rechtlichen Möglichkeiten vor. Es ist daher so, daß Babar vor einem Gericht die Anschuldigungen offiziell erfährt, dazu aber keine Stellungnahme abgeben kann, weil es kein Verfahren gibt. Nach der Übermittlung kann Babar unmittelbar an die USA ausgeliefert werden.

> Ein Polizeioffizier klärt über Rechte auf: "You are going to remember this day for the rest of your fucking life. Do you understand me, you fucking bastard?"

Details sickern durch

Doch zurück zum Urteil der Lords. Seitdem sickern immer mehr Details über die offiziell namentlich der Öffentlichkeit nicht bekannten Gefangenen durch. Einer von ihnen, der nun psychisch zerstört in der Klinik Broadmoor ist, hat keine Arme mehr. Seine Prothesen wurden von der Polizei zerstört. Er ist nur als "P" bekannt, etwa 30 Jahre alt und Asylsuchender aus Nordafrika. "P" ist der wichtigste Referenzfall der Law Lords für ihr vernichtendes Urteil.

Ein weiterer, der Palästinenser Abu Rideh, erlitt nach einem versuchten Hungerstreik einen Nervenzusammenbruch und beging einen Selbstmordversuch.

Der Gefangene "G" sitzt nach einer Erkrankung an Kinderlähmung im Rollstuhl und erlitt ebenfalls einen Nervenzusammenbruch. Darauf ließ ihn ein vom Innenminister geheim eingesetztes Tribunal, die Special Immigration Appeals Commission, gegen Kaution frei. Blunkett kommentierte die Entscheidung der Kommission als "übergeschnappt". Der neue Innenminister Clarke gab bereits eine Stellungnahme ab, daß dieser Mann weiterhin offiziell inhaftiert bleibt.

Ein Kenyaner, der 14 Monate in Belmarsh inhaftiert war, ohne daß der Geheimdienst oder die Polizei irgendeinen Beweis für seine angebliche Beteiligung an den Bombenanschlagen auf die US-Botschaft in Kenya erbringen konnte, erzählte nun der Zeitung The Independent über die Haftbedingungen. "Es zerstört sie wirklich und ich glaube, daß das viele nicht überleben werden, selbst wenn sie heute freigelassen werden. Viele sind geistig zerstört."

Nordirische Praktiken

Damit ist letztlich das eingetreten, was autonome und linke Gruppen nach dem Friedensabkommen in Nordirland vorausgesagt haben. Der in Nordirland stationierte Repressionsapparat ist nun in Großbritannien aktiv und wendet dort dieselben Methoden an: Sondertribunale, Notstandsgesetzgebung, Folter, Aussetzung der Menschenrechtskonvention, Polizeibrutalität, psychische Vernichtung von Gefangenen.

Info: www.freebabarahmad.com

Adresse des Gefangenen:
Babar Ahmad
MX 5383
HMP Woodhill
Tattenhoe Street
Milton Keynes
MK4 4DA
UK

Folter als Grundausbildung

Österreich fragt: Wie konnte das geschehen?
Das Bundesheer antwortet: In Originalzitaten

Die Ausbildung im Bundesheer

"Das Ziel der gesamten Ausbildung ist der harte Einzelkämpfer, der, auf sich allein gestellt oder im Verbande kämpfend, dem Gegner alles abverlangt und im eigenen Land alle Vorteile des Geländes und des moralischen Übergewichtes für sich beansprucht."
"Ohne Disziplin (= Ordnung, Zucht) geht es nicht...Jede Ordnung hat den Zweck, das leben für alle erträglicher zu machen, sicherer zu gestalten, um Vorhergesehenem und Unvorhergesehenem leichter begegnen zu können."

Gehorsam

'Die beste Haltung ist das Maulhaltung!' Und tatsächlich gab uns Gott zwei Ohren zum Hören und nur einen Mund zum Reden. Ob im Staat oder im Betrieb, es gibt Befehle und Weisungen, die wir gehorsam erfüllen sollen. Selbst von der Ehe sagt man: 'Jede Ehe geht gut, wenn der Mann die zehn Gebote und die Frau den Mund hält.' Gehorchen heißt dem anderen Gehör leihen und ihm folgen."

Die kursiv gesetzten Textpassagen sind Originalzitate aus Oberstleutnant Karl Ruef, Der Dienst im Bundesheer, Handbuch für den Truppendienst, und "*wurde von meinen Mitarbeitern und mir (Ruef, Anm.) aus langjähriger Erfahrung in der militärischen Ausbildungsarbeit gestaltet*". Ruef weiter: "*Für den Ausbilder ist es als Unterrichtsbehelf nahezu ohne zusätzliche Vorbereitungsarbeit verwendbar*".

Dazu paßt auch: Standort- und Ortskommandant, sowie Kasernenkommandant sind "*für die Regelung des Wachdienstes, Ordnung und Sauberkeit der Kaserne, Feuerlöschordnung, Sicherheitsvorkehrungen, Luftschutzmaßnahmen*" und dergleichen verantwortlich. Zuständigkeiten für die Einhaltung grundlegender Rechte wie die Menschenrechte werden an keiner Stelle genannt.

in Kürze

Bad Sauerbrunn: Videohölle

Einige Wochen stellte der Besitzer aus dem Pub "H3" Bilder live ins Internet. Via Web-Cam konnte man unter www.h3.co.at das Geschehen beobachten. Filialleiter Rudi Hörmann: "Das war nur ein Versuch, der aber beim Publikum wohl nicht gut angekommen ist." Darum habe man die Kamera auch schon entfernt.

Gerhard Hutter, Bürgermeister und Chef der "Hutter & Stifter GmbH & Co KEG", betreibt das Pub: "Ich bin kein Freund von der Kamera gewesen. Die Idee dürfte von einer Almhütte abgeschaut worden sein, die das schon seit einigen Jahren macht."

Bezirksgendarmeriekommandant Major Robert Galler: "Jeder Lokalbesitzer hat das Recht sein Eigentum zu schützen." Die Gendarmerie könne nur eingreifen, wenn es zu einem Missbrauch der aufgezeichneten Daten kommt. "Ein solcher könnte vorliegen, wenn die Lokalbilder ins Internet gestellt werden", so Galler. "Wenn dies ohne meine Zustimmung als Privatperson geschieht, ist das ein Verstoß gegen das Datenschutzgesetz!"

Krems ist dicht

Seit Wochen läuft in Krems, Verbrechenshochburg in Niederösterreich, ein massiver Gendarmerie-Einsatz. Nach Einbruch der Dunkelheit stehen praktisch alle Hauptverkehrsadern und vor allem Kreuzungen unter Kontrolle. AutofahrerInnen werden reihenweise angehalten und auf ihre Identität geprüft.

Dazu die Gendarmerie: "*Tätergruppen, die nach Krems reisen, werden sehr rasch erkennen müssen, dass sie es bei uns sicher nicht leicht haben. Vor allem gilt es auch, mögliche Fluchtwege praktisch im Vorhinein abzuriegeln. Es soll absolut kein Durchkommen geben.*" Chefinspektor Adolf Harrauer erklärt: "*Wir konzentrieren uns zwar schwerpunktmäßig auf Einbrecher und Diebe, aber wenn jemand zu viel Sturm getrunken hat und bei der Überwachung auffällt, hat er Pech gehabt...*" Gemütlich weihnachtet es in diesem Ort, an dem ansonsten nur großangelegte Aufmärsche von Burschenschaften stattfinden.

Gsunde Watschen

Psychiater Prim. Gerd Eichberger bezeichnete in einem Interview mit den Niederösterreichischen Nachrichten eine "maßvolle Ohrfeige" als geeignete Erziehungsmaßnahme, um aggressive Jugendliche zu bändigen. Eichberger ist Psychiater des Landes und ärztlicher Direktor des nö. Donauklinikums (Nervenklinik Maria Gugging, LKH Tulln).

Eichberger im Original: "Eine gepflegte, maßvolle Ohrfeige wäre die adäquate Reaktion auf die ersten gewaltsamen Ausbrüche junger Menschen. Die sanfte Gegengewalt müsste schon in den Volksschulen einsetzen. Mit Psychotherapie und Handerlhalten bringen wir aggressive Jugendliche nie zur Räson."

Damit auch gar kein Zweifel an seiner faschistoiden Geisteshaltung entsteht, präzisierte Eichberger nach Protesten seine Thesen wie folgt:

"**NÖN:** Werden diese Theorien auch in der Psychiatrie angewandt?
Eichberger: Man muss es einmal sagen. Ohne Gewalt funktioniert keine Psychiatrie. Oder glauben Sie wirklich, dass sie einen Häftling mit noblen Worten zur Vernunft bringen? Es wird nicht lange dauern und sie kassieren selber eine Ohrfeige. Daher bin ich immer auf Seite der Polizei und der Justiz. Denn wenn der, der sich wehrt, plötzlich der Böse ist, dann läuft etwas ganz falsch in dieser Gesellschaft.
NÖN: Was kann getan werden, damit es zu gar keinen Aggressionsausbrüchen kommt?
Eichberger: Sport ist eine gute Möglichkeit, wo Jugendliche ihr Aggressionspotential einigermaßen abbauen können. Daher halte ich es für falsch, wenn Sportstunden in den Schulen gekürzt werden. Gleichzeitig gehören den jungen Menschen Werte vermittelt. Mit der Big-Brother-Kacke erreichen wir gar nichts. Die junge Generation braucht Antworten auf die Fragen: Was hat Sinn, wozu gibt´s mich überhaupt?"

Grüne = FPÖ = ÖVP

Die ÖVP brachte im Gemeinderat von Wiener Neustadt, NÖ, den Antrag auf "Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen in den Abendstunden" ein, sowie für eine einheitliche Sperrstunde für Lokale. Auch eine Videoüberwachung kam zur Sprache. Die Grünen stimmten mit der Liste WN-Aktiv und der Bürgerliste Schreiner für den ÖVP-Antrag. Nur die mit absoluter Mehrheit regierende SPÖ stimmte dagegen. Die FPÖ ist nicht mehr im Gemeinderat von Wr. Neustadt vertreten, aber nun gibt es ja die Grünen zur Befriedigung dieses Potentials.

Es war schon vor der Abstimmung bekannt, daß ein gleichlautender Antrag im Gemeinderat von Neunkirchen an der grundsätzlichen Nichtkonformität eines solchen Verbots mit der Verfassung gescheitert war.

Abstinenzunterricht in den USA

In den USA finanziert die Bundesregierung Sexualunterricht, der ausschließlich Abstinenz predigt. Eine Untersuchung des US-Kongreß hat sich mit den vermittelten Inhalten auseinandergesetzt.
Seit 1999 haben mehrere Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 18 Jahren an Veranstaltungen im Rahmen des "Bundesabstinenzprogrammes" teilgenommen. Dabei sollte etwa über frühzeitige Schwangerschaft und Geschlechtskrankheiten aufgeklärt werden, zumindest in der Theorie.

Laut 11 von 13 verwendeten Unterrichtsmaterialien wird Aids durch Schweiß und Tränen übertragen, ist ein 43 Tage alter Fötus ein denkendes Wesen und ein Kondom kann demnach in 31% der Fälle bei heterosexuellem Geschlechtsverkehr eine Übertragung von Aids nicht verhindern.

Alleine 2005 wird die Bush-Administration in diese sagenhafte Programm 170 Mio. US$ hineinstecken.

Security auf der **Badner Bahn**

Seit kurzer Zeit fährt in jedem Zug der Wiener Lokalbahnen (WLB), auch Badner Bahn genannt, ein Angestellter der Security-Firma Group 4 mit. Dieser soll darauf achten, daß nicht gedealt wird, aber er hat auch die Berechtigung der WLB, die Fahrausweise zu kontrollieren. Begründet wird diese Maßnahme durch angebliche Beschwerden über Mißstände, sowie natürlich die von den WLB behauptete Problemlage, daß die WLB am Flüchtlingslager Traiskirchen vorbeifährt. Mit Group 4 wurde jene Firma beauftragt, die für den größten Aufstand aller Zeiten in einem britischen Gefängnis, ein Anhaltegefängnis für Flüchtlinge, mit verantwortlich ist. Rassismus gehört im Team bei Group 4 zu Ausbildung und Alltag, wie Enthüllungen in Medien zeigen.

TAT blatt

Ausgehend vom Lager Traiskirchen habe es immer Probleme mit Drogenhandel in der Badner Bahn gegeben, so Harald Tschürz, Sprecher der WLB, und deshalb fährt nun die Group 4 in den Zügen mit: "Die Kontrollen sollen Sicherheit garantieren".

Knieweiche Kritik kommt von der Organisation SOS Menschenrechte, die mit "es ist zu begrüßen, wenn das Sicherheitsgefühl in der Lokalbahn steigt. Die Kontrollen dürfen sich aber nicht ausschließlich gegen Asylwerber richten" ihre eigene Unfähigkeit zu einer klaren Aussage unter Beweis stellte. Dabei ist bei Group 4 einiges mehr als ein bißchen rassistisch motiviertes Kontrollieren zu bemängeln.

Yarl's Wood brennt

Im November 2001 eröffnete das britische Abschiebegefängnis mit einer Belegung von 900 Abschiebehäftlingen den Betrieb. Betreiber war die Firma Group 4 bzw. deren nach dem Aufstand gegründetes Tochterunternehmen Global Solutions Ltd. Im Februar 2002 kam es in Yarl's Wood zum massivsten Gefängnisaufstand der gesamten britischen Geschichte. Auslöser war, daß das Group 4-Personal eine Frau gefesselt hatte, die angeblich Schwierigkeiten machte. Daraufhin explodierte die Lage. Zwei Stunden später stand das Gebäude in Flammen und brannte zur Hälfte nieder. Im Juli 2004 wurde auch das gleichzeitig errichtete und ebenfalls von Group 4 betriebene Abschiebegefängnis Harmondsworth nahe dem Flughafen Heathrow nach dem Selbstmord einer Inhaftierten zeitweise geschlossen.

Die Regierung blockt bis heute eine unabhängige Untersuchung ab, doch ein Untersuchungsbericht des britischen Ombudsmannes für Gefängnisse brachte im April 2004, also noch vor der Schließung von Harmondsworth, eindeutige Tatsachen zu Tage. Laut Stephen Shaw, dem Ombudsmann, wurde die Angelegenheit, die zu dem im Ausmaß einmaligen Aufstand in Yarl's Wood führte, schlecht gehandhabt. Allerdings sei es angesichts der Bedingungen, unter denen das Gefängnis geführt wurde, nur eine Frage der Zeit gewesen, bis so etwas passiert wäre. Es sei bewiesen, daß das Personal in Yarl's Wood zum Teil rassistische und beleidigende Äußerungen gegenüber den Flüchtlingen gemacht habe. "Kontroll- und Festhaltetechniken wurden häufiger als in anderen Zentren angewendet", Shaw weiter. Andererseits habe es keine ausgeprägte Kultur von Mißbrauch, Rassismus und Gewalt in Yarl's Wood gegeben. Das will zumindest der aus dem Distrikt Bedforshire (in dem Yarl's Wood liegt) stammende Abgeordnete Alistair Burt so einfach nicht glauben. Er fordert eine unabhängige Untersuchungskommission über Yarl's Wood und eine Offenlegung der Bücher von Group 4. Das lehnt die für Gefängnisse zuständige Ministerin Beverley Hughes konsequent ab.

Dabei ist bei Group 4 einiges mehr als ein bißchen rassistisch motiviertes Kontrollieren zu bemängeln...

Alltag bei Group 4

2003 schleuste sich ein Mitarbeiter des Daily Mirror als Wächter bei Group 4 in das 2003 wieder eröffnete Yarl's Wood ein und veröffentlichte

nach 7 Wochen Tätigkeit schockierende Zustände. Während der Einschulung durch einen Group 4-"Psychologen" wurde dem neuen Personal klar gemacht, daß es "für die Bastarde" nur eine harte Linie gibt: "Drei Warnungen und dann ein Schlag". Festhaltetechniken seien lediglich dazu da, Schmerzen zuzufügen. Das Personal wurde systematisch darauf trainiert, nicht AsylwerberInnen, sondern GefängnisinsaßInnen zu disziplinieren.

Entsprechend unverblümt äußerten sich auch die Group 4-Leute. Die Inhaftierten seien "Arschlöcher", "Die Jamaikaner sind alle drogenhandelnder Scheißdreck", "Die Algerier sind die schleimigsten Bastarde der Welt und alle Terroristen" und die 60 inhaftierten Frauen "alle Schlampen". Außerdem "muss man auf Inzest aufpassen, weil die überall ihren Schwanz reinstecken. Das ist Teil ihrer Kultur".

Abgesehen von der Alltagssprache wurde von den Ausbildern als Ziel vorgegeben, daß die Inhaftierten zermürbt werden müssen. Einzelne wurden mit "Fertigmachen" bedroht, was auch an darauf folgenden Tagen nach der Drohung in die Tat umgesetzt wurde. Ein nackter Asylwerber wurde in einer Zelle. in der es keine Überwachungskamera gab, mit einem Polizeischild zehn Minuten an die Wand gepreßt. Viele der Group 4-Leute sind groß, muskulös, tätowiert und waren früher beim Militär. Ein Ausbilder faßte den Firmenstandpunkt so zusammen: "Symphatie" kommt zwischen "Scheiße" und "Syphilis".

Konsequenzen

Sofort nach den Berichten im Daily Mirror wurden mehrere Angestellte entlassen. Als Spätfolge hat sich Group 4 im November 2004 aus diesem Gefängnisgeschäft durch den Verkauf der Tochterfirma Global Solutions Ltd. zurückgezogen Das heißt aber nicht, daß Group 4 nicht auch in anderen Ländern Gefängnisse betreibt. In den USA etwa besitzt Group 4 die Firma Wackenhut, die Gefängnisse betreibt.

WLB-Kontrollen

Doch zurück zur Badner Bahn. Mit der Auftragerteilung für Group 4 stellt sich erneut die Frage nach der grundsätzlichen Behandlung von Fahrgästen in der Badner Bahn. Erst vor einigen Monaten wurden im Augustin, einer von Obdachlosen und Asylwerberinnen im Handverkauf in Wien vertriebenen Zeitung, Fälle von rassistisch motivierten Fahrscheinkontrollen durch LeserInnen thematisiert. Diese wurden durch Kontrollorgane des VOR (Verkehrsverbund Ostregion) begangen. Nach Protesten waren die WLB demonstrativ um Schadensbegrenzung bemüht, indem sie nach eigenen Angaben dem VOR weitere Kontrollen untersagten. Mit der Auftragsvergabe an Group 4 ist wohl wieder alles offen.

Infos:
Wr. Lokalbahnen: office@wlb.at

weitere Anfragen:
Group 4 Falck AG Vorstand
Dr. Stephan Landrock
1090 Wien, Kolingasse 4
Tel. (01)313 15-0
Fax (01)313 15-444
stephan.landrock@group4.at

Gepäckwaggon für RollstuhlbenützerInnen

Nicht zum ersten Mal wurde vor kurzem die Beförderungsmethode der ÖBB, RollstuhlfahrerInnen in den Gepäckwaggon einzuladen, kritisiert. Derzeit wird ein Rollstuhlfahrer regelmäßig zwischen Steyr und Linz in den ungeheizten Gepäckwaggon eingeladen, weil die Türen der Personenwagen zu schmal sind. Der Mann kann aus beruflichen Gründen und wegen der exzellenten Fahrplangestaltung nicht anders fahren.

Zwischen den Behindertenorganisationen und den ÖBB herrscht seit Jahren Eiszeit. Während sich bei den ÖBB, wo sich die Beschwerdeordner ohne weitere Konsequenzen friedlich türmen, ein Fall nach dem anderen ereignet, ohne daß eine Reaktion gesetzt würde, sind die Behindertenorganisationen offenbar vom Prinzip Hoffnung abgegangen. Ein Beispiel ist der Bericht über die Züge der City Night Line, einer Bahngesellschaft der DB. CNL-Züge werden in Kürze prinzipiell ein spezielles Behindertenabteil haben, von dem das WC direkt benutzbar ist. Für die ÖBB empfehlen die Organisationen lediglich, vor der Anschaffung solcher Waggons erst das gesamte Personal auszutauschen, weil sich sonst ohnehin kein Effekt ergeben würde.

Zu den ewigen Themen gehört die vermurkste Anschaffung des Nahverkehrszuges Talent, wo die ÖBB darauf besteht, ausgerechnet die nicht für Rollstühle geeignete Variante anzuschaffen, oder die regelmäßig vorkommenden Fälle von bei Ankunft nicht vorhandenen Ausladerampen. Prominentes Opfer der ÖBB wurde die Grüne Behindertensprecherin Haidlmayr, die von Wien nach St. Pölten reiste und erst in Amstetten ausgeladen werden konnte, um dann wieder von Amstetten nach St. Pölten zurückzufahren, wo im zweiten Anlauf das Ausladen klappte.

Zum Thema Gepäckwaggon meinte übrigens der ÖBB-Sprecher Mario Brunnmayr, daß die Sache "eine Intrige einer Steyrer Gemeinderätin sei" und daß es "Rollstuhlfahrer, die mehr Platz wollen und deswegen freiwillig den Gepäckwagen bevorzugen" gibt.

Schwerpunkt Asyl und Migration

Keine Verbesserung der Großwetterlage in Sicht

Nachdem wir uns in den letzten Ausgaben des TATblatt ausführlich mit den geplanten Harmonisierungen=Verschärfungen der EU rund um die Politikfelder Asyl und Migration befasst haben (1), wollen wir diesmal den Blick auf die Auswirkungen dieser Harmonisierung auf die Lage in Österreich richten.

TATblatt

Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass die Politik der EU von den nationalen Regierungen und Abschiebebehörden konstruiert wird. Den Beginn des Schwerpunktes in dieser Nummer macht ein Artikel aus dem Zebratl zur teilweisen Aufhebung der Asylgesetznovelle 2003 (2) durch den Verfassungsgerichtshof Mitte Oktober 2004. Dieser Text endet mit der Prognose: "Viel eher wird das Thema Flucht und Asyl, wie auch schon in den Jahren zuvor, zum Schüren von Alltagsrassismus und Ressentiments verwendet, die schließlich die Stimmung bereiten, um weitere Gesetzesverschärfungen durchsetzen zu können."

Auf die angesprochenen Gesetzesverschärfungen geht eine gekürzte Zusammenfassung einer Aussendung der Asylkoordination zur kürzlich präsentierten AsylG-Novelle 2005 ein.

Mit dem Schüren von Rassismen - begonnen von rassistischen MinisterInnen bis hin zu StandardjournalistInnen und Caritas-Generalsekretär Stefan Wallner - setzt sich der Beitrag "Eure Rassismen sind zum kotzen!" auseinander, der auf at.indymedia.org erschienen ist. Dieser Text ist als Fortsetzung zur Auseinandersetzung mit "Asylmissbrauch" aus dem letzten TATblatt (3) zu lesen.

Den Abschluss unseres Schwerpunktes bildet ein Beitrag über politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung gegen zwei bekannte AsylanwältInnen aus Wien, die in den letzten Jahren des öfteren Kritik an der Asylgesetzgebung äußerten.

Während all diese bedenklichen Entwicklungen vor sich gehen, ist für viele überraschend einer der Hauptverantwortliche, Innenminister Strasser, zurückgetreten. Zufälligerweise gab er seinen Rücktritt am 10. Dezember - dem internationalen Tag der Menschenrechte - bekannt. Wir ersparen uns Kommentare zu Strassers Rücktritt und verweisen statt dessen auf einen Beitrag auf no-racism.net mit dem treffenden Titel: "Strassers negative Bilanz"(4).

Unabhängig davon: eine Entschärfung der Asyl- und Migrationsgesetzgebung ist derzeit weder auf nationaler noch auf EUropäischer Ebene zu erwarten. Ebenso wenig ist - nicht nur angesichts der Entwicklung in Deutschland - von einem Regierungswechsel in Österreich eine grundlegende Richtungsänderung zu erwarten. Bleibt nur zu hoffen, dass der Widerstand gegen die rassistischen Politiken zunimmt und diese ernsthaft ins Wanken geraten.

Anmerkungen:

(1) siehe: Institutionalisierung von Rassismen in Europa - Abschottung um jeden Preis, in TATblatt +214 und: Das Haager Festungsprogramm: Zur Harmonisierung von Rassismen in Europa in TATblatt +215

(2) zur AsylG-Novelle 2003 siehe TATblatt +2.. und +2.., www.asyl.at und www.no-racism.net

(3) siehe: Staatliche Rassismen - diesmal: "Asylmissbrauch", in: TATblatt +215

(4) http://no-racism.net/article/1046

Weitere Informationen im Internet:
www.no-racism.net
at.indymedia.org
www.asyl.at
www.migration.cc
www.statewatch.org

Verfassungswidriges Asylgesetz

Allein der Glaube reicht nicht aus

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) gab – wie von den meisten NGO-VertreterInnen erwartet – am 15. Oktober 2004 bekannt, dass das neue Asylgesetz, das mit 1. Mai 2004 in Kraft getreten war, in mehreren Punkten nicht der Verfassung entspricht. Nichts Überraschendes für ExpertInnen, nur Minister Strasser wollte es halt nicht glauben. Ein Beitrag über die Auswirkungen dieser Entscheidung aus Zebratl Ausgabe 5/2004.

zebratl

Wenn [Ex-]Minister Strasser meint, dass der VfGH 95% des Gesetzes bestätigt hätte, zeugt das leider nicht einmal von guter rhetorischer Ausbildung und noch mehr macht es den Starrsinn deutlich, der sich im Ministerium unter Strasser breit gemacht hat. Die drei wesentlichen Teile, die vom VfGH „gehoben" wurden, sind das Neuerungsverbot in seiner bestehenden Ausformulierung, die generelle Aberkennung der aufschiebenden Wirkung von Berufungen im Asylverfahren nach §5 (Dublin Verfahren) des Asylgesetzes (AsylG) und ein Teil der Bestimmungen zur Schubhaft – also Kernelemente der Verschärfungen des neuen Gesetzes.

Die Fakten ...

Das Neuerungsverbot stellte ein in der EU einzigartiges Konstrukt dar, das vom VfGH schon einmal 1995 zu Fall gebracht worden war. Es besagte im Wesentlichen, dass AsylwerberInnen in ihrer Berufung gegen einen Bescheid der 1.Instanz keine neuen Tatsachen oder Beweismittel einbringen dürfen. Verfahrensrelevant wären also nur jene Fakten und Berichte, die bei der ersten Einvernahme vorgebracht wurden. Als Ausnahme waren laut Asylgesetz traumatisierte Personen definiert, die „aufgrund einer medizinisch belegbaren Traumatisierung" nicht in der Lage waren, diese vorzubringen.

Diese Festlegung erkannte der VfGH als verfassungswidrig und als zu eng gefasst und wies ausdrücklich darauf hin, dass auch bei nicht traumatisierten Personen Flucht und Asylantragstellung eine Sondersituation bedeuten können, die dazu führt, dass asylrelevante Gründe nicht gleich vorgebracht werden. Daher kann das Einbringen von Fluchtgründen bzw. Beweismitteln in der Berufung nicht generell verwehrt werden.

Die Aufhebung des Neuerungsverbotes wurde von den Einrichtungen, die Psychotherapie für Flüchtlinge anbieten, begrüßt. Die Diagnose einer posttraumatischen Belastungsstörung darf nicht maßgeblich für die Beurteilung im Asylverfahren oder die Glaubwürdigkeit eines/einer Asylwerbers/in sein, so die Mitgliedsorganisationen des „Netzwerkes für interkulturelle Psychotherapie nach Extremtraumatisierungen". Anders formuliert: Nicht jeder Mensch, der Folter und politische Verfolgung erlebt hat, bildet Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung aus. Daher ist aber auch die Schlussfolgerung unzulässig, dass man traumatisiert sein müsse, um Asyl zu erhalten. Es wäre eine fatale Vorgangsweise, würde die Schutzbedürftigkeit von Menschen von ihrer physischen und psychischen Gesundheit abgeleitet werden.

Als verfassungswidrig erkannte der VfGH auch die im Gesetz vorgesehene, generelle Aberkennung der aufschiebenden Wirkung von Berufungen im Dublin-Verfahren (§5 AsylG – Feststellung der Zuständigkeit für einen Asylantrag in den Mitgliedsstaaten der EU). Die Bestimmung, wonach AsylwerberInnen während der Dauer ihrer Berufung im Asylverfahren zurückgeschoben werden können, musste damit aufgehoben werden. Die Asylbehörde müsse – so der VfGH – im Einzelfall entscheiden, ob eine Zurückschiebung während des Verfahrens möglich sei und habe dabei den Fall individuell zu prüfen. Auch die Regelung, dass AsylwerberInnen, die einen neuerlichen Asylantrag stellen, nachdem ihr Verfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen wurde, generell in Schubhaft zu nehmen sind, beurteilte der VfGH als rechtswidrig.

Das Neuerungsverbot stellte ein in der EU einzigartiges Konstrukt dar, das vom VfGH schon einmal 1995 zu Fall gebracht worden war.

... und ihr Umgang damit

Die Reaktionen des Gesetzesverfassers auf die VfGH-Entscheidungen sind von einer Trotzhaltung geprägt, die jedes rechtsstaatliche Verständnis vermissen lässt. „Was Recht ist, muss nicht gut sein", so der [ex-]Innenminister und degradiert damit die Bundesverfassung zum tagespolitischen Krämerladen, wo sich jeder das rausholen kann, was ihm/ihr politisch und populistisch opportun erscheint. Angesichts des VfGH-Urteils sind Forderungen nach weiteren Verschärfungen kühne Ansinnen, sind doch die wesentlichen Restriktionen der Novelle samt und sonders schon als verfassungswidrig erkannt worden. Damit einhergehen die üblichen Parolen der Angst- und Panikmache, wie beispielsweise die Ankündigung des [Ex-]Innenministers, dass Österreich nun bevorzugtes Zielgebiet für Asylsuchende in der EU werden wird.

Dass die Zahl der Asylsuchenden mit dem Inkrafttreten der Novelle stark zurück gegangen sind und die Barrieren mit dem neuen Gesetz bereits hoch sind, wird hingegen verschwiegen. Vergleicht man die Antragstellungen der Monate Mai (Inkrafttreten des Asylgesetzes) bis September 2004 mit dem Vergleichszeitraum des Jahres 2003 so ergibt sich ein Rückgang bei den Antragstellungen um 38% (!).

Als wäre die Welt um so viel besser, sicherer geworden und die Krisenherde (Stichwort: Tschetschenien) verschwunden.

Konsequent vorbei

Was wäre also zu tun? Nehmen wir einmal den [Ex-]Innenminister beim Wort und bei seinem berühmten Satz, dass jeder der Asyl wirklich brauche, dieses auch erhalten solle. Und das möglichst schnell.

Um dieser Zielsetzung näher zu kommen, bräuchte es zunächst eine, am Erkenntnis des VfGH und den völkerrechtlichen Verträgen (Europäische Menschenrechtskonvention, Genfer Flüchtlingskonvention) orientierte Neugestaltung des Asylgesetzes. Der Reformbedarf ist hoch, das meint auch der Präsident des VfGH, der dem Asylgesetz eine „schreckliche legistische Qualität" bescheinigte.

Weiters bräuchte es eine Verbesserung der Verfahren in erster Instanz und eine deutliche Personalaufstockung bei der zweiten Instanz, dem Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS). Diesem gehe es derzeit, so der Rechtsanwalt Georg Bürstmayr, der unlängst von den Ermittlern der Polizei als Schlepper verunglimpft wurde, wie einer Fußballmannschaft, die mit 0:10 im Rückstand ein Spiel beginnt und nur mit der halben Mannschaft antreten darf. Von der immer wieder geforderten Beschleunigung der Verfahren war bisher nichts zu merken. Die derzeitige Verfahrensdauer beträgt mehrere Jahre.

Erschreckend ist auch, wie konsequent die Bundesregierung und im Speziellen die Innenminister der letzten Regierungsperioden die Realitäten verleugnet haben. So wurden unter dem Deckmantel von öffentlicher Skandalisierung und der Erzeugung von „Überschwemmungsphantasien" immer nur repressivere Auslegungen der Genfer Flüchtlingskonvention und des Asylgesetzes entwickelt und die ursprüngliche Intention, nämlich Flüchtlinge vor Verfolgung zu schützen, zur Flüchtlingsabwehr uminterpretiert.

Seit Anfang der 90er Jahre steckt Österreich in einer permanenten Asylgesetzreform. Zwei Novellen und zwei neuen Gesetze sind beredter Ausdruck des Scheiterns. Anstatt sich den tatsächlichen Problemen zu stellen, wie etwa Qualitätsverbesserung und Beschleunigung der Verfahren oder politische Entscheidungen über Einwanderung zu treffen, wird immer der gleichen Weg des geringsten Widerstandes und des am besten zu verkaufenden Mottos gewählt.

Das Ziel, das der [Ex-]Innenminister formuliert hat – Asyl für Verfolgte – mag ja durchaus als eines unter mehreren berechtigt sein. Solange jedoch Milliarden Euro in Hochrüstung der Grenzen und Aufrüstung der Polizei/Exekutive/Militär, um Flüchtlinge abzuwehren, gehen, ist an der Redlichkeit und Kompetenz des österreichischen Innenministeriums zu zweifeln. Das gilt ja übrigens nicht nur für die österreichischen, sondern für die EU-Minister insgesamt.

... wie eine Fußballmannschaft, die mit 0:10 im Rückstand ein Spiel beginnt und nur mit der halben Mannschaft antreten darf

Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre darf daran gezweifelt werden, dass es hierbei um Schutz von Verfolgten geht. Viel eher wird das Thema Flucht und Asyl, wie auch schon in den Jahren zuvor, zum Schüren von Alltagsrassismus und Ressentiments verwendet, die schließlich die Stimmung bereiten, um weitere Gesetzesverschärfungen durchsetzen zu können.

Quelle: http://www.zebra.or.at

Asylgesetz-Novelle 2005:
Vom Asylrecht bleiben nur Ruinen

Als Antwort auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshof (VfGH), der zentrale Bestimmungen der AsylG-Novelle 2003 für verfassungswidrig erklärte, hat der nunmehr ehemalige Innenminister Ernst Strasser - kurz vor seinem Rücktritt - nur ein Sammelsurium an Restriktionen und Einschränkungen von Verfahrensrechten parat.

asylkoordination österreich, TATblatt

Werden diese so genannten Lösungsvorschläge tatsächlich beschlossen, zeichnet sich bereits der nächste Durchgang beim VfGH ab. Besonders schlimm ist die weitgehende Einführung der Schubhaft und die Bestrebungen, den Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) auszuschalten. Nach den Vorstellungen Strassers könnte das Asylverfahren überhaupt jenseits der österreichischen Rechtsordnung im Schnelldurchgang abgewickelt werden.

So beispielsweise durch die Ausdehnung der Möglichkeiten, Anträge als offensichtlich unbegründ abzuweisen, die Einführung von Sanktionen bei der Mitwirkungspflicht im Verfahren oder der Festlegung von Musterfällen, bei denen es weder eine Verhandlung im Berufungsverfahren noch eine Beschwerdemöglichkeit beim Verwaltungsgerichtshof (VwGH) geben soll.

Die Mißachtung von Menschenrechten in den Herkunftsländern sind zwar regelmäßig ein Grund zu flüchten, für die Anerkennung als Flüchtling ist die Glaubhaftmachung einer persönlichen Verfolgung jedoch Voraussetzung, und dafür braucht es eine Einzelfallprüfung, bei der alle relevanten Aspekte in Betracht gezogen werden müssen. Wenn viele Flüchtlinge aus den gleichen Gründen und Regionen, wie z.B. aus dem Kosovo während der serbischen Bombardements oder aus Tschetschenien vor nichtendenden Übergriffen, Entführungen und Tötungen flüchteten, konnte in der Vergangenheit ein rasches Verfahren durchgeführt werden. Das Innenministerium verweigerte aber bisher meist beharrlich, die ständige Rechtssprechung des UBAS zu übernehmen, sodaß viele Verfahren unnötigerweise beim UBAS landeten und dort den Berg offener Verfahren vergrößerten.

Auch bei den tschetschenischen Flüchtlingen, die schon in erster Instanz Asyl erhalten haben, war wohl eher das Inkrafttreten der AsylG-Novelle 2003 und die damit verbundene Neustrukturierung des Verfahrens und der Betreuung ausschlaggebend für eine rasche positive Entscheidung durch das dem Innenminister unterstellte Bundesasylamt (BAA), vorher möglichst viele Verfahren abzuschließen, als die Einsicht, daß die Bescheide des BAA vom UBAS sowieso behoben werden.

Ein Blick in den Jahresbericht des UBAS genügt, um einen Reformbedarf im erstinstanzlichen Verfahren auszumachen. Das Innenministerium macht jedoch genau das Gegenteil: Es sucht die Ursachen für die große Anzahl offener Verfahren überall anders, nur nicht bei der Behörde selbst, wo sie unmittelbar und ohne Gesetzesänderung Verbesserungen durchsetzen könnte. Das Vorhaben, die Überprüfung durch den VwGH auszuschalten, ist ein ungeheuerlicher Angriff auf rechtsstaatliche Prinzipien.

Offensichtlich geht es dem Kabinett im Innenministerium beim gerade erst eingeführte Zulassungsverfahren in den Erstaufnahmestellen zur beschleunigten Selektion von Anträgen nicht rasch genug. Den fremdenpolizeilichen Behörden werden weitere Aufgaben im Asylverfahren zukommen, so beispielsweise die Abfrage nach Registrierung eines Asylwerbers in einem anderen EU-Staaten (EURODAC) und die Zustellung von (negativen) Bescheiden der Asylbehörden, die ebenso zu einer umgehenden Schubhaftnahme führen soll wie eine positive EURODAC-Abfrage. Die zahlreich vorgesehenen Möglichkeiten der Schubhaftverhängung und sogar Verlängerung der maximalen Haftdauer lassen sich - unabhängig von einer nicht ausreichenden Anzahl von Haftplätzen - selbst aus menschenrechtlicher Sicht nicht begründen.

Die asylkoordination österreich bezeichnet den Gesetzesvorschlag als wilden Rundumschlag, der mit einer Asylrechtsnovelle nichts mehr zu tun hat: denn vom "Recht" bleiben nur ein paar Ruinen.

Quelle: www.asyl.at

Eure Rassismen sind zum Kotzen!

Es wird immer unverschämter, mit welchen Mitteln PolitikerInnen, Polizei und Medien gegen AusländerInnen hetzen. Erwähnt sei das Stichwort "Asylmissbrauch". Hier sind sich fast alle - begonnen von rassistischen MinisterInnen bis hin zu StandardjournalistInnen und Caritas-Generalsekretär Stefan Wallner einig: es müsse was getan werden. Mein Vorschlag: alle institutionellen Rassismen abschaffen!

at.indymedia.org

Wenn mensch sich den Standard vom Freitag, 26.11.2004 durchliest, dann kommt einer das Kotzen. Während einerseits klar ist, dass hier mit Vorschlägen operiert wird, die einen klaren Bruch der Verfassung darstellen, wird scheinbar vollkommen daran vorbeigesehen, worum es eigentlich geht: um rassistische Hetze und Stimmungsmache gegen MigrantInnen - vor allem in der Person von Flüchtlingen.

Seit Jahren wird ein öffentlicher Diskurs geführt, der Illegalisierte als kriminell darstellt. Werden Begriffe wie jener des "Asylanten" kreiert, die es schwer machen, zwischen AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlingen zu unterscheiden. Werden Menschen in ethnischen Gruppen zusammengefasst und über Stereotype kriminalisiert. So entstehen die Figur des "Schwarzafrikanischen Drogendealers", der "Rumänenbanden", der "Ost-Mafia", der "Schlepper-Banden" usw. Und nun wir mit manipulierten Zahlen vorgetäuscht, die Warnungen seien nicht umsonst gewesen: 40 Prozent aller AsylwerberInnen seien angeklagt. amnesty international sieht zu recht manipulierte Zahlen. Denn: über tatsächliche Verurteilungen liegen weder im Justizministerium noch bei der Statistik Austria Zahlen vor.

amnesty Generalsekretär Heinz Pazelt, der an sich sehr zurückhaltend ist mit Kritik an Vorgängen in Österreich, sah sich erst kürzlich genötigt, Stellung zu beziehen. Es konnte absolut nicht mehr geleugnet werden, dass es in Österreich zu politisch motivierter strafrechtlicher Verfolgung kommt.(1)

Wen wundert's, wenn in Österreich (wie in anderen Staaten der EU) Menschen ohne Konsequenzen von Beamten umgebracht werden? Wen wundert es da noch, wenn Leute ins Gefängnis gesteckt werden sollen, nur weil sie da sind. Ich spreche jetzt nicht von der ohnehin schon gängigen Praxis, Leute in Schubhaft zu stecken - und dort auch noch zu foltern. Jetzt geht es den RassistInnen darum, eine sog. "Sicherungshaft" einzuführen. Die HardlinerInnen um Ex-Innenminister Strasser wollen so einem "Missbrauch von Asyl" Vorschub leisten. Doch was bedeutet es, von "Asylmissbrauch" zu sprechen?

So wurden die jüngst beschlossenen Pläne zum Ausbau der Festung Europa vom niederländischen Ratspräsidenten Jan-Peter Balkenede als "Human, aber ein Signal gegen Asylshopping" beschrieben.(2)

Doch was steckt hinter dieser allgegenwärtigen rassistischen Propaganda? Es geht vor allem darum, die Bedürfnisse der Wirtschaft (innerhalb der EU) zu erfüllen und gleichzeitig die Grenzen möglichst dicht zu machen. Abschreckend zu wirken und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass genügend billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden können.(3) Dieses Konzept hat auch einen Namen: Standortsicherung. Was vor

Seit Jahren wird ein öffentlicher Diskurs geführt, der Illegalisierte als kriminell darstellt.

einigen Jahren vom Grünen Bundessprecher Van der Bellen so "schön" mit "wir müssen auf die Interessen der Wirtschaft Rücksicht nehmen" formuliert wurde, entpuppt sich heute als rassistische Strategie zur Legitimation der Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU.(4)

In Österreich ist nun die ÖVP am Zug, unter Applaus und Mithilfe von FPÖ (und SPÖ?) ein mehr und mehr rassistisches System zu errichten - und die auf EU-Ebene geschmiedeten

Pläne im nationalen Rahmen umzusetzen. Wie erwähnt ist ein Teil davon eine sogenannte Sicherungshaft, die wie im Vorwort des TATblatt +215 zu lesen, an jene "Schutzhaft" erinnert, die den Nazis die Ausschaltung der Demokratie und die Inhaftierung der politischen GegnerInnen 1933 so unendlich leicht machte.

Ebenso bedenklich ist ein zuletzt im Innenministerium verteiltes 16seitiges "vertrauliches 'Informationspapier für den Herrn Bundesminister'" (Strasser, Anm.). Laut Medienberichten heißt es in der Einleitung des Papiers:

"*Infolge der derzeitigen Agonie der österreichischen Fremdenpolizei kann man beruhigt die Behauptung aufstellen, dass sich Österreich im Würgegriff einer nicht unwesentlichen Anzahl von Fremden befindet, die unserem Land nicht unbedingt etwas Gutes wollen*". Im weiteren werde "der Fremde" als "Kleinkrimineller, Schwerstkrimineller, Glücksritter, Schwarzarbeiter, Wirtschaftsflüchtling oder tatsächlich Verfolgter" beschrieben, der die "außerordentliche Standortattraktivität" in Österreich "bis in die hintersten Ecken der Ausgangsländer" bekannt mache. Die Fremdenbehörden selbst seien "aufgrund der niedrigen Anzahl von Abschiebungen" demotiviert. Das Innenministerium meint zu diesen Ausführungen lediglich: "Bei uns gibt es keine Denkverbote."

Erst kürzlich wurde die jüngste Novelle des AsylG in Teilen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Angesichts oben genannter Überlegungen lässt eine neuerlich geplante Verschärfung des Asylgesetzes das Schlimmste vermuten.

So stellte Zebra zum VfgH-Entscheid zum Asylgesetz die Frage, ob das erwartetes Urteil als Vorwand für neue Verschärfungen dient? Und dürfte mit dieser Prognose nicht so daneben liegen.

Das gänzliche Neuerungsverbot in der zweiten Instanz und das kategorische Absprechen der aufschiebenden Wirkung bei bestimmten Berufungen (das heißt de facto: Abschiebung während dem laufenden Verfahren) waren schlicht und einfach verfassungsrechtlich nicht zu argumentieren. Politisch ist die Stoßrichtung freilich klar: beide (jetzt aufgehobenen) Bestimmungen dienen einer Schwächung der zweiten Asylinstanz, dem UBAS (Unabhängigen Bundesasylsenat), der immer wieder von Ex-BM Strasser öffentlich zu "schnellerem" Arbeiten angehalten wird. Die höhere Qualität der Entscheidungen am UBAS, der ständig die mangelhaften Verfahren der direkt im Innenministerium angesiedelten ersten Instanz reparieren muss, war für Strasser ohnehin nie ein Kriterium.

Und weil diese zweite Instanz dem Innenministerium schon immer ein Dorn im Auge war, wird jetzt gleich versucht, den UBAS komplett abzuschaffen. So wird im bereits oben erwähnten umstrittenen Dossier vom Autor gefordert, dass Asylverfahren in Zukunft kurz und erfolglos (sic!) zu verlaufen haben. Um dies zu erreichen, wird die Auflösung des UBAS überlegt. Für den Vorsitzenden des VfGH, Karl Korinek, ein klarer Fall von "Systembruch". Doch wen kümmert's? Geht es doch vor allem darum, so Strasser, eine "klare Botschaft gegen straffällige Asylwerber" auszusenden.

Womit wir wieder bei den eingangs erwähnten manipulierten Zahlen angelangt sind. Diese wurden via Medien präsentiert, um die These vom "Asylmissbrauch" zu belegen. Die Leute kämen ja nur, um zu stehlen oder mit Drogen zu dealen, so einige gängige Argumente. Schlimm nur, wenn selbst Caritas-Generalsekretär Wallner sich mittlerweile dazu hinreißen lässt "einzugestehen", dass es AsylwerberInnen gebe, die das System missbrauchen. Gegen solche Versuche müsse mensch vorgehen. "Das ist aber nicht über das Asylrecht lösbar, sondern über das Strafrecht." Dass das Strafrecht seit Jahren verstärkt gegen AusländerInnen eingesetzt wird und Rassismen dabei als Legitimation dienen, dürfte der Fürsorglichkeit Wallners entgangen sein.(5)

Es gibt nur wenige Stimmen, die in den Mainstream-Medien kritische Fragen aufwerfen: Laut Heinz Pazelt von ai ist es grundsätzlich bekannt, dass AusländerInnen von der Polizei schneller angezeigt werden als österreichische StaatsbürgerInnen. Zum anderen sei die Gesamtzahl der AsylwerberInnen, die sich in Österreich aufhalten, nicht bekannt.

All dies hindert den ach so liberalen Standard nicht daran, kräftig mitzumischen. Auch wenn dort immer wieder kritische Stimmen laut werden (dürfen), ist es diesmal Michael Völker, der in einem Kommentar mit dem Titel "Fremde Täter" am 26. Nov 2004 festhält: "Offensichtlich gibt es ein Problem mit straffällig gewordenen Asylwerbern. Oder anders gesagt: Mit ausländischen Straftätern, die einen Asylantrag stellen." Damit verstärkt er klar das in letzter Zeit immer wieder behauptete Argument vom "Asylmissbrauch". Und stellt somit das Recht in Frage, um Asyl anzusuchen. Weiters führt Völker aus: "Es muss möglich

Erst kürzlich wurde die jüngste Novelle des AsylG in Teilen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Eine neuerlich geplante Verschärfung des Asylgesetzes lässt das Schlimmste vermuten.

sein, eine Debatte über Straftäter zu führen, auch wenn sie Ausländer sind, auch wenn sie Asylwerber sind. (Anm.: als ob es diese Debatte nicht schon gäbe.) Und diese Debatte soll ohne ideologische Scheuklappen geführt werden. (Anm.: was angesichts der rassistischen Argumente kaum vorstellbar ist.) Einen Lösungsansatz muss Strasser als zuständiger Minister vorlegen. (Anm.: als hätte Strasser nicht schon genügend "Lösungsansätze" präsentiert.) Er muss dabei auch das alte, vom Verfassungsgerichtshof in Teilen aufgehobene Asylgesetz reparieren." Welch Zynismus hinter diesen Ausführungen angesichts der ideologisch rassistisch aufgeladenen Vorschläge, die in den letzten Jahren - nicht nur von Strasser - präsentiert wurden. Doch dem nicht genug, regt Völker dazu an, die Debatte über die bereits erwähnte "Sicherungshaft" zu führen, bei der es darum geht, "tatverdächtige Asylwerber leichter in Haft nehmen und dort behalten zu können - bis zum Abschluss des Asylverfahrens. Darüber kann man nicht nur streiten, darüber muss man streiten. In aller Vernunft - und ohne Scheuklappen."

Ich frage dazu: warum nimmt Michael Völker seine Scheuklappen nicht ab, setzt seine Vernunft nicht ein? Es geht doch schon lange nicht mehr um die Einhaltung irgendwelcher Menschen- oder anderer Rechte. Es geht um eine Entrechtung! Um eine mehr und mehr nach rassistischen Kriterien geordnete Gesellschaft. Bei diesen Diskussionen geht es lediglich darum, die Zustimmung der (Mehrheits-) Bevölkerung zu den rassistischen Plänen von PolitikerInnen, BeamtInnen und Polizei zu verstärken. Und es sollte noch erwähnt sein, dass die genannten Personen eben jene Mehrheitsgesellschaft repräsentieren, den Willen einer rassistischen Gesellschaft ausführen. Ein Rat an Völker: sollte er tatsächlich eine ideologiefreie Diskussion führen wollen, soll er mal den Anfang machen - und seine rassistischen Vorstellungen bei Seite legen.

Tatsache ist: AsylwerberInnen werden verstärkt kriminalisiert, Illegalisierte leben unter äußerst prekären Umständen, ungleiche Rechte führen zu massiven Schlechterstellungen, für AusländerInnen bestehen zahlreiche rassistische Sonderregelungen - Pflichten und keine Rechte! All dies wird in rassistischen Argumentationen ausgeblendet.

Und nun soll es noch leichter werden Leute einzusperren und zu deportieren. So sollen nach den neuesten bekannt gewordenen Überlegungen immer dann, wenn in der europaweiten EURODAC Datenbank Informationen über Flüchtlinge gespeichert sind, diese in Schubhaft kommen und darüber hinaus soll für AsylwerberInnen in Schubhaft statt des üblichen Asylverfahrens ein Sonderverfahren eingeführt werden - wohl um sie leichter abschieben zu können. Laut Standard soll so das aufwendige Dubliner Verfahren umgangen werden, das regelt, welches EU-Land für ein Asylverfahren zuständig ist.

Erinnert sei an jene strategischen Pläne zur Migrations- und Asylpolitik, die von österreichischen Beamten aus Anlass der österreichischen EU-Präsidentschaft 1998 formuliert wurden und damals noch auf massive Kritik gestoßen sind. Was sich mittlerweile abspielt, scheint alle damals gehegten Befürchtungen jedoch bei weitem zu überschreiten.

Es scheint an der Zeit, die rassistische Festung Europa einzureißen - bevor es zu spät ist!

Anmerkungen:
Dieser Text erschien am 26. November 2004 auf at.indymedia.org und wurde vom TATblatt leicht überarbeitet.

Der Originaltext mit zahlreichen Links findet sich unter: http://at.indymedia.org/newswire/display/47004

(1) siehe dazu den Beitrag: "Politische Verfolgung in Österreich?" in dieser Ausgabe des TATblatt.

Tatsache ist: AsylwerberInnen werden verstärkt kriminalisiert, Illegalisierte leben unter äußerst prekären Umständen, ungleiche Rechte führen zu massiven Schlechterstellungen, für AusländerInnen bestehen zahlreiche rassistische Sonderregelungen

(2) zu den angesprochenen Verschärfungen siehe die Website zu den Protesten gegen den EU-Gipfel in Groningen, NL: www.n10.nl

(3) siehe dazu u.a. den Beitrag zur Situation von ErntehelferInnen im Marchfeld in TATblatt +211, S. 15ff, bzw. den Forschungsbericht von maiz (Autonomes Integrationszentrum von und für Migrantinnen) zu prekären Arbeitsverhältnissen in der Hausarbeit und die spezielle Situation von MigrantInnen, www.maiz.at

(4) siehe: Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge. Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU, in ak - analyse und kritik Nr. 489 vom 19.11.2004, online unter: http://no-racism.net/article/1011

(5) siehe: Rassismen als Legitimation - Praxis, Folgen und Bilder im angeblichen Kampf gegen Drogen, http://no-racism.net/article/848

Politische Verfolgung in Österreich?

Straftat: "Beihilfe zum Asylmissbrauch"

Die kürzlich bekannt gewordenen - und mittlerweile von der Staatsanwaltschaft eingestellten - strafrechtlichen Ermittlungen gegen die Wiener RechtsanwältInnen Georg Bürstmayr und Nadja Lorenz haben einen politischen Hintergrund: Beamte wurden angewiesen, akribisch nach nur irgendeinem, möglicherweise belastenden oder kompromittierenden Material gegen die beiden unbequemen MenschenrechtsanwältInnen zu suchen.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Die AnwältInnen Bürstmayer und Lorenz setzen sich seit Jahren für die Rechte von AsylwerberInnen in Österreich ein, arbeiten als RechtsberaterInnen in einem Projekt des UNHCR und sind Mitglieder des Menschenrechtsbeirats. Dass sie sich - wie alle, die sich derzeit für rechtsstaatlichen Schutz von Asylsuchenden einsetzen - damit auf Konfrontationskurs zur Politik des Ministeriums befinden, liegt in der „Natur der Sache" – sprich in der Asylpolitik der Regierung und der jeweiligen Innenminister. Die Kritik der beiden AnwältInnen, speziell an der AsylG-Novelle 2003, wurde mittlerweile durch das Höchstgericht bestätigt, das die Asylgesetznovelle als verfassungswidrig erkannt und teilweise aufgehoben hat.

Die völlig an den Haaren herbeigezogenen Ermittlungen (wegen Verdacht auf Schlepperei), die sich als haltlos herausstellen mussten, sprechen eine klare Sprache: Wer AsylwerberInnen Rechtsberatung zukommen lässt, wird kriminalisiert. „Beihilfe zum Asylmissbrauch" soll unter Strafe gestellt werden, verlangte der kleinere Koalitionspartner FPÖ, ohne damit auf nennenswerten Widerspruch zu stoßen. Die Demontage der rechtsstaatlichen Standards wird von der Bundesregierung auf allen Ebenen betrieben: Auf Dauer wird die Rechtshilfe für AsylwerberInnen durch NGOs unmöglich gemacht werden, Verteidiger von Menschenrechten kriminalisiert, NGOs auf finanzieller Ebene das Wasser abgegraben werden, wenn sie nicht parieren.

Infoladen Wels
Kulturverein und linke Buchhandlung

Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel.: 07242/910432
Email: infoladen-wels@liwest.at / http://www.linkslinxooe.at

06. Jänner 05, 19 Uhr:
Buchpräsentation:
mit Robert Foltin

Und wir bewegen uns doch
Soziale Bewegungen
in Österreich

und weitere Präsentationen:
13.1.2005 in Salzburg
und 20.1.2005 in Linz.

Graz hat wieder einen Infoladen

bücher zum ausborgen (gegen pfand), diverse broschüre und rage and reason distro (bücher und punk/hc tonträger)

Öffnungszeiten:
Mo 17.00-20.00
und Fr, Sa 16.00-20.00

im Sub Kaiser-Franz-Josef Kai 66, im ersten Stock

Österreichische Post AG • Info.Mail Entgelt bezahlt

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100

Info.Mail
Entgelt bezahlt

Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl rechts oben deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26) **Innsbruck:** Info Beisl, PMK - Bogen (19) **Graz:** Infoladen (im Sub Kaiser-Franz-Josef Kai 66, im ersten Stock)

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin:
Unabhängige Initative Informationsvielfalt
1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Konto P.S.K. 75 47 212
Tel.: (01) 641 03 17
E-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Unabhängige Initative Informationsvielfalt, ebd.
DVR Nummer: 0558371

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Gegen das Böse auf der Welt

Die erste Ausgabe des TATblatt erschien im Oktober 1988 als Vorbereitung des "Projekts Zweitageszeitung" mit der Nummer minus 101.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet